



Der Russisch-Europäische Erdgaskrieg

NABUCCO, die Gas-OPEC und die Konturen des Neuen Kalten Krieges

von Jürgen Wagner

Die europäisch-russischen Beziehungen befinden sich im freien Fall, ein „Verdienst“ der seit einigen Jahren immer dezidierter anti-russisch agierenden Politik der Europäischen Union, wie hier argumentiert werden soll. Zwar wurde die EU-Politik bis etwa Ende 2003 von Befürwortern einer engen Partnerschaft dominiert, die gemeinsam mit Russland ein (militärisches) Gegengewicht zu den USA bilden wollten - die viel beschworene Achse „Paris-Berlin-Moskau“ -, doch auch sie hatten nie die Absicht, Russland als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren.

Diese Haltung musste aber zwangsläufig früher oder später mit den Ambitionen Russlands unter Wladimir Putin kollidieren, dessen vorrangiges Ziel es ist, den machtpolitischen Erosionsprozess der 90er Jahre rückgängig zu machen und Russlands Wiederaufstieg in die Riege der Weltmächte zu erreichen. Da auch die Europäische Union dieses Bestreben aktiv torpediert, stellt dies den eigentlichen Grund für die sich verschärfenden Auseinandersetzungen dar, nicht etwa, wie von offizieller Seite betont wird, die Kritik am autoritären Führungsstil des russischen Präsidenten. Weil Brüssel hiermit weit gehend auf Washingtons Linie eingeschwenkt ist, wurde so eine Eskalationsspirale in Gang gesetzt, die im schlimmsten Fall

in einen Neuen Kalten Krieg münden könnte, dessen erste Konturen bereits heute zutage treten. Hierbei stehen sich erneut die Europäischen Union als (Junior)Partner der USA und Russland gegenüber, das seinerseits neue Verbündete sucht und findet.

Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung ist die Energiepolitik zum zentralen Schauplatz geworden, auf dem die machtpolitische Auseinandersetzung derzeit am offensten ausgetragen wird. War vor nicht allzu langer Zeit noch die Rede von einer gemeinsamen Energiepartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland, so lässt sich mittlerweile sagen, dass ein regelrechter Energiekrieg ausgebrochen ist, in dem beide Seiten mit harten Bandagen kämpfen.¹ Die jeweiligen Strategien in dieser Auseinandersetzung sollen in dieser Studie exemplarisch für den Gasbereich untersucht und in den größeren Zusammenhang eingebettet werden.

Zusammengefasst sieht Russland in der Energiepolitik ein wesentliches machtpolitisches Druckmittel, um seine Interessen durchzusetzen und seinen Wiederaufstieg als ernst zu nehmende Weltmacht zu ermöglichen. Da

man aber nie wirklich gewillt war, Russland eine andere Rolle als die des Juniorpartners einzuräumen, nehmen die Konflikte seit dem Jahr 2003 rapide zu. Aus diesem Grund zielt die Strategie des russischen Präsidenten Wladimir Putin explizit darauf ab, eine Monopolstellung im Bereich der EU-Gasversorgung zu erlangen. Dabei ist es sicher nicht das Ziel, Europa bei jedem kleinen oder auch mittleren Konflikt damit zu drohen, den Energiehahn zuzudrehen, allein die hieraus resultierenden Einnahmeverluste machen ein solches Szenario zumindest mittelfristig noch unplausibel. Die Fähigkeit dazu gegebenenfalls in der Lage zu sein, stellt aus russischer Sicht jedoch unzweifelhaft ein zentrales Element dar, um endlich den Platz am weltpolitischen Katzentisch zu verlassen. Anders fällt allerdings der Umgang mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten aus, gegen die schon jetzt immer häufiger rigoros die Energiewaffe ausgepackt wird, wenn sie russischen Interessen zuwiderhandeln.

Demgegenüber versucht Brüssel die russische Monopolisierungsstrategie mit verschiedenen Strategien zu konterkarieren, die wiederum jeweils russische Gegenmaßnahmen nach sich ziehen: Der Versuch, massiv auf die Liberalisierung des russischen Energiesektors zu drängen, um sich dort einzukaufen, wird mit dessen intensivierter Re-Nationalisierung beantwortet während Moskau gleichzeitig in den ost- und seit jüngstem auch westeuropäischem Energiebereich eindringt. Das Bestreben, das russische Pipeline-Monopol zu knacken - hierbei spielt das Mammutprojekt „NABUCCO“ eine zentrale Rolle - wird von Russland erfolgreich durch die langfristige Anbindung der Rohstoffe Zentralasiens torpediert. Die Ambitionen, durch den Ausbau des Flüssiggasbereichs (LNG), Gas verschiffbar und damit zu einer globalen Handelsware zu machen, um sich so neue Quellen zu erschließen, beantwortet Moskau mit ersten Ansätzen zur Bildung einer Gas-OPEC, einer Allianz der Gasproduzenten, die ähnlich wie ihr Ölpendant potenziell in der Lage wäre, den globalen Gasmarkt zu kontrollieren.

Da sich die amerikanischen und europäischen Energiereserven - bei weltweit sinkenden Vorkommen und schnell steigendem Bedarf - dem Ende zuneigen, lässt sich bereits heute eine Machtverschiebung von den Energiekonsumenten zu den Produzenten feststellen. Während man westlicherseits versucht kleinere rohstoffreiche Länder direkt oder indirekt zu kontrollieren (Irak, Westafrika, etc.) soll gleichzeitig auch der Einfluss des machtpolitisch erstarkenden Russland auf den globalen Energiemarkt massiv geschwächt werden. Angesichts der Tatsache, dass die Versuche der Europäischen Union jedoch zu scheitern drohen, die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren, wer-

den im Westen nunmehr die Rufe zur Gründung einer „Energie-NATO“ immer lauter, die im Notfall eine Unterbrechung der Energiezufuhr als kriegerischen Akt definiert. Hiermit schwappt der Konflikt endgültig auf den militärischen Bereich über, denn Russland stärkt seinerseits die *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit* (SCO), ein Militärbündnis, das durchaus als Anti-NATO bezeichnet werden kann und in dem nicht nur China Mitglied ist, sondern in das perspektivisch auch rohstoffreiche Länder des Mittleren Ostens (der Iran hat bereits Beobachterstatus) aufgenommen werden könnten. Sollte sich die Eskalationsspirale weiter fortsetzen, ist es nicht ausgeschlossen, dass dieses Bündnis sogar mit den Ländern einer künftigen Gas-OPEC oder der OPEC selbst verschmilzt und sich damit eine um China ergänzte Allianz der Rohstoffproduzenten bildet, die anders als die OPEC über ein ernst zu nehmendes Militärpotenzial verfügt. Hierfür spricht die Tatsache, dass das russische Außenministerium bekannt gab, es arbeite daran, energiepolitische Fragen in die SCO zu integrieren.² Zumal Moskau auch offen damit droht, seine Ressourcen künftig weg von Europa in Richtung Asien umzuleiten, sollte sich das gegenseitige Verhältnis weiter zuspitzen.

Da ein Zusammenschluss der Energieversorger besagte Machtverschiebung hin zu den Rohstoffproduzenten beträchtlich erhöhen würde, stellen diese Versuche für die westlichen Staaten eine geopolitische Herausforderung aller erster Ordnung dar, vor der mit allem Nachdruck gewarnt wird. So dürfte das beiderseitige Interesse, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, eine entscheidende Motivation für die europäisch-amerikanische Wiederannäherung der letzten Jahre darstellen. Die „rote Gefahr“ wird durch die Bedrohung mit der „Energie-Waffe“ ersetzt und bildet den Kitt, um sich gemeinsam für die heraufziehende Blockkonfrontation zu wappnen. Die Energiefrage bildet somit den Hintergrund für die sich abzeichnenden Konturen des Neuen Kalten Krieges.³

In diesem Zusammenhang sollte sich die Europäische Union allerdings gut überlegen, ob sie sich dauerhaft eine machtpolitische Auseinandersetzung mit Russland - und ggf. mit zahlreichen weiteren Ländern - einhandeln möchte oder ob nicht ein konstruktiver Dialog, der bei aller teils ja berechtigter Kritik an den autoritären Tendenzen auf zentrale russische Interessen Rücksicht nimmt, die bei weitem bessere Strategie darstellt. Ansonsten scheint es unvermeidlich, dass die heraufziehende Blockkonfrontation weiter forciert und ein Neuer Kalter Krieg somit zu einer self-fulfilling prophecy wird.

1. Phasenweise in den Neuen Kalten Krieg

Das europäisch-russische Verhältnis hat sich in den letzten Jahren mehrmals deutlich gewandelt und entwickelt sich gerade in der jüngsten Zeit überaus dynamisch - um es so freundlich wie möglich zu formulieren. Spätestens seit Wladimir Putins scharfer Kritik an der westlichen Kriegspolitik bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar und dem desaströsen EU-Russland Gipfel in Samara im Mai 2007, brechen die Konflikte offen hervor, sodass skeptische Stimmen bereits von einer „Eiszeit im Verhältnis von Russland und der EU“ sprechen.⁴ Derzeit scheint eine Eskalationsspirale in Gang gekommen zu sein, die für viele Beobachter - nicht zu Unrecht, wie hier dargelegt werden soll - darauf hindeutet, dass sogar erste Konturen eines Neuen Kalten Krieges zutage treten. Peter Mandelson, der EU-Handelskommissar, fasste die Stimmungslage treffend zusammen, indem er angab, es herrsche „ein Grad an Misstrauen, das es seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat.“⁵ Wie konnte es soweit kommen? Holzschnittartig lässt sich die Entwicklung der europäisch-russischen Beziehungen in drei Phasen aufteilen.

Phase I nahm ihren Anfang unmittelbar nach dem Untergang der Sowjetunion und dauerte bis zum Amtsantritt von Wladimir Putin im Jahre 2000. Sie war geprägt vom groß angelegten Ausverkauf russischen Staatseigentums sowohl an die Oligarchen des Landes als auch an westliche Konzerne. Gleichzeitig erwies sich die Hoffnung, der pro-westliche Kurs, den Moskau unter Boris Jelzin auch in der Außenpolitik einschlug, werde sich ökonomisch wie sicherheitspolitisch auszahlen, als trügerisch. Vor allem die USA machten überdeutlich, dass ihr Ziel in der dauerhaften Zurückstufung Russlands auf den Status einer zweit-, wenn nicht gar drittrangigen Macht bestand und nahmen keinerlei Rücksicht auf zentrale russische Sicherheitsinteressen. Beispiele hierfür waren die erste Runde der NATO-Osterweiterung, der Angriffskrieg gegen Jugoslawien, das US-amerikanische Vordringen im Kaukasus und in Zentralasien oder die bereits damals eingeleiteten Pläne zum Aufbau eines US-Raketenabwehrschildes.⁶

Zusammengenommen führten die katastrophalen sozialen Folgen des „Raubtierkapitalismus“ zu einer tief greifenden Desillusion in der russischen Bevölkerung und auch Teile der Elite waren nicht länger bereit, Washingtons Versuche, Russland dauerhaft den Platz am weltpolitischen Katzentisch zuzuweisen, klaglos hinzunehmen.⁷ Vor diesem Hintergrund trat im März 2000 der damals recht unbekanntes Wladimir Putin die Nachfolge von Boris Jelzin an und ging

rasch dazu über, den dramatischen machtpolitischen Erosionsprozess rückgängig zu machen.⁸

Phase II begann dementsprechend mit Putins Wahl und dauerte etwa bis Ende 2003. Nachdem sich schnell herausstellte, dass unter der kurze Zeit später ebenfalls neu ins Amt gewählten Bush-Administration nichts anderes als eine weitere Verschlechterung zu erwarten war, ging Putin auf Distanz zu Washington. Gleichzeitig bot er aber der Europäischen Union an, im Rahmen einer strategischen Partnerschaft einen Block gegen Washingtons Vormachtstreben zu formieren (gleichzeitig wurden auch die Kontakte mit China deutlich intensiviert). Hiervon erhofft er sich auch, Moskaus machtpolitischer Wiederaufstieg bewerkstelligen zu können.

Diese Ambitionen intensivierten sich nach dem 11. September 2001 erheblich. So kann die Rede Wladimir Putins vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 geradezu als Einladung zu einem solchen Bündnis verstanden werden: „Ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“⁹

Diese Avancen stießen in der Europäischen Union keineswegs auf taube Ohren. Seinerzeit hatten die Gaullisten um Gerhard Schröder in Deutschland und Jacques Chirac in Frankreich Oberwasser, die Washington ebenfalls in die Schranken weisen wollten. Aufgrund seiner zentralen Bedeutung sollte gerade der Rohstoffsektor der Ausgangspunkt für intensivere Beziehungen werden.¹⁰ Im Kern schien diese Strategie zunächst aufzugehen, sogar im militärischen Bereich wurde immer enger kooperiert¹¹ und in Folge der heftigen Konflikte im Vorfeld sowie unmittelbar nach dem US-Angriffskrieg gegen den Irak war allerorten von der sich bildenden Achse „Paris-Berlin-Moskau“ die Rede, die für den Versuch stand, einen Gegenblock zu den USA zu formieren.¹²

Diese Entwicklung wurde von den USA als ernste Herausforderung eingestuft, wie eine Studie der neokonservativen *Heritage Foundation* verdeutlichte: „Solch eine Koalition könnte sich über den Irak hinaus als dauerhaft und kohärent erweisen. [...] Zusammengenommen hat die französisch-deutsch-russische Kombination sämtliche Merkmale einer Großmacht, die fähig wäre, auf globaler Ebene ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu bilden. Frankreich liefert dabei die politische und ideologische Führung, Deutschland die ökonomische Macht und Russland

die militärischen Utensilien.“¹³ Folgerichtig kam die Studie zu dem Schluss: „Die Verhinderung einer dauerhaften französisch-deutsch-russischen Allianz, die als Gegengewicht gegen die USA geplant ist, muss als ein vorrangiges amerikanisches Sicherheitsinteresse angesehen werden.“¹⁴

Das offensichtliche Bestreben Washingtons, alles daran zu setzen, die Europäische Union wieder auf einen anti-russischen Kurs zu bringen¹⁵, erwies sich als erfolgreich, hauptsächlich wohl auch deswegen, weil schnell klar wurde, dass Russland mindestens gleichberechtigtes Mitglied dieser Achse Paris-Berlin-Moskau sein wollte. Um Russlands machtpolitische Position zu verbessern, setzte Putin vor allem auf die drastische Stärkung des Staates, insbesondere auch die Re-Nationalisierung der Rohstoffindustrie, in deren Folge seine Politik immer stärkere - und durchaus sehr kritikwürdige - autoritäre Züge annahm. Der Hauptgrund für das nun einsetzende Russland-bashing war jedoch, dass man ein ebenbürtiges Russland dann doch nicht wollte. Zudem wurde es aus Moskaus Sicht immer deutlicher, dass die Europäische Union wenig bis nichts unternahm, um Washingtons permanente Verletzung zentraler russischer Interessen, etwa die Aufkündigung des ABM-Vertrages oder die zweite Runde der NATO-Osterweiterung, um nur zwei Beispiele zu nennen, zu verhindern, diese teilweise sogar noch unterstützte.

Phase III setzt mit der Abkühlung der europäisch-russischen Beziehungen ein, für die - auch wenn die Übergänge durchaus fließend waren - der 25. Oktober 2003 als entscheidender Wendepunkt genommen werden kann. An diesem Tag erfolgte die Verhaftung des russischen Oligarchen Michail Chodorkowski, die symbolhaft für die intensiviertere Re-Nationalisierung des russischen Energiesektors stand.

Begleitet von dem nun einsetzenden Mediensturm vollzog die EU-Politik in der Folge eine drastische Kehrtwende und nahm fortan immer anti-russische Züge an. Als Hauptargument hierfür diente die Kritik am autoritären Führungsstil des russischen Präsidenten. Zwar ist es in der Tat richtig, dass Wladimir Putin ganz sicher nicht der „lupenreine Demokrat“ ist, als den ihn Ex-Kanzler Schröder einmal bezeichnete. Genauso wenig ist er aber die Verkörperung des totalitären Staates, als die er mittlerweile immer häufiger portraitiert wird, häufig von Befürwortern einer „westlichen Wertegemeinschaft“, die ihrerseits immer massiver grundlegende Bürgerrechte außer Kraft setzen.

Der veränderte Umgang mit Russland erklärt sich aus einer Veränderung der geopolitischen Präfe-

renzen sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in Deutschland. Während bis 2003 gaullistische Positionen dominierten, die für eine deutliche Distanzierung von Washington und die Bildung eines militarisierten Gegenblocks mit Russland als untergeordnetem Verbündeten eintraten, gewannen in der Folge die Atlantiker immer stärker die Oberhand. Sie plädieren für eine enge Partnerschaft mit den USA, in Europa wird deren Position traditionell von Großbritannien am konsequentesten vertreten, in Deutschland ist sie in der CDU deutlich ausgeprägter als in der SPD. Die Position der Atlantiker wurde einmal vom ehemaligen italienischen Präsidenten Silvio Berlusconi mit folgendem sensationellen Satz treffend zusammengefasst: „Ich bin auf Amerikas Seite, noch ehe ich weiß, welche Seite das ist.“¹⁶

Zeitgleich mit der Verschlechterung der europäisch-russischen Beziehungen setzten ab 2003 die so genannten „farbigen Revolutionen“ ein, bei denen pro-russische Regierungen in unmittelbarer Nachbarschaft Moskaus unter tatkräftiger offener vor allem aber auch verdeckter westlicher Hilfe¹⁷, durch pro-westliche Machthaber ersetzt wurden. Im Verlauf dieser Vorgänge positionierte sich die EU offensichtlich neu: „Während der so genannten ‚bunten‘ Revolutionen in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005) sowie der gescheiterten Revolution in Weißrussland (2006) standen die USA und die EU an der Seite derjenigen Kräfte, die ihre Länder von Russland weg nach Westen orientieren wollten.“¹⁸ Moskau reagierte hierauf, indem es - zuweilen recht raubeinig - die Abhängigkeit dieser Länder von russischen Energielieferungen nutzte, um sie in den russischen Orbit zurückzubringen: „Seit 2004 machen sich sowohl in der regionalen als auch internationalen Politik Russlands Veränderungen bemerkbar. Gegenüber der Ukraine und Georgien, aber auch Moldawien instrumentalisiert Moskau zunehmend wirtschaftliche Macht, um politischen Druck auszuüben und missliebigen innenpolitischen Entwicklungen in diesen Staaten entgegenzuwirken - vor allem aber, um eine Ausdehnung der ‚farbigen Revolutionen‘ zu verhindern. Die EU wird nicht mehr ausschließlich als Partnerin, sondern als wichtigste Konkurrentin um Einfluss im postsowjetischen Raum wahrgenommen.“¹⁹

Nachdem bei den Wahlen in Deutschland und zuletzt in Frankreich die Gaullisten Gerhard Schröder und Jacques Chirac von den Atlantikern Angela Merkel und Nicolas Sarkozy abgelöst wurden, dürfte sich die anti-russische EU-Politik weiter verschärfen. Exemplarisch für die gegenwärtige Haltung der Europäischen Union ist die Aussage von Karl-Theodor zu Guttenberg, CDU-Obmann im Auswärtigen Aus-

schuss des Bundestages. „Aus heutiger Sicht müsste man befürchten, dass eine angestrebte größtmögliche Verflechtung mit Russland mehr Risiken als Chancen birgt. Diese Einsicht setzt sich auch auf europäischer Ebene durch: So bedeutet die ausdrückliche Betonung der besonderen Beziehungen Europas zu den USA durch den neu gewählten französischen Präsidenten Sarkozy eine deutliche Absage an die ‚Achse Paris-Berlin-Moskau‘, die von seinem Vorgänger Jacques Chirac und Kanzler Schröder ins Spiel gebracht wurde.“²⁰

Selten sind in der veröffentlichten Meinung kritische Töne angesichts des geradezu hysterischen Umgangs mit Russland zu hören. Ein Lichtblick war ein Artikel in der Financial Times Deutschland: „Putin hat aber das Verdienst, der hemmungslosen Aneignung der riesigen Ressourcen des Landes einige Grenzen gesetzt zu haben. Dass er dabei den russischen Staat zu einem ernst zu nehmenden Mitspieler auf dem internationalen Energiemarkt gemacht hat, dürfte ein wichtiger Grund für westliche Kritik an ihm sein. [...] Bizarr wirkt diese Kritik [an Putins autoritärem Führungsstil], wenn sie von Politikern vorgetragen wird, die für die Einschränkung demokratischer Rechte im eigenen Land verantwortlich sind. [...] Man muss also befürchten, dass sich Europa an die aggressive Außenpolitik Washingtons anpasst. [Allerdings] können Deutschland und die EU nicht einerseits ein gutes Verhältnis zum Nachbarn Russland pflegen, ansonsten aber die aggressive Außenpolitik der USA billigen.“²¹ Solche Töne sind allerdings selten und es ist bezeichnend, dass dieser Artikel bereits eine Stunde nach Veröffentlichung wieder von der Zeitungshomepage verschwand. Überwiegend sind es russophobe Positionen, die derzeit den Blätterwald dominieren. Beispielhaft ist hierfür ein Leitartikel, ebenfalls in der Financial Times Deutschland, mit dem viel sagenden Titel „Fürchtet Russland!“, der fordert, „Moskau in die Schranken zu weisen.“²² Ins selbe Horn bläst Jörg Himmelreich, ehemaliges Mitglied des Planungsstabs im Auswärtigen Amt: „Russland ist wieder wer auf der weltpolitischen Bühne und will es allen zeigen. [...] Das neue Selbstbewusstsein russischer Außenpolitik macht auch vor der EU nicht Halt – allen süßen deutschen Träumen von einer ‚Strategischen Partnerschaft‘ mit Russland zum Trotz. [Es ist] höchste Zeit, alle Schönfarberei von Putins autokratischer Demokratie zu beenden.“²³

Um es klar zu sagen, das Problem ist in diesem Zusammenhang nicht eine Kritik an Putins „autokratischer Demokratie“, sondern, dass in ihrem Kielwasser eine dezidiert anti-russische Politik umgesetzt wird. Es sagt dabei viel über die eigentlichen Gründe

dieser Kritik aus, dass man sich in anderen Fällen nicht scheut, mit weit schlimmeren Regierungen bestens zu kooperieren²⁴: „Die Weigerung von Präsident Putin in der Folge des Kalten Krieges eine ‚bedingungslose Kapitulation‘ zu akzeptieren, gepaart mit den sich weltweit intensivierenden Auseinandersetzungen um Energie, sind die überzeugendsten Erklärung für diese andauernden Demütigungen.“²⁵ In der sich so verschärfenden geopolitischen Auseinandersetzung setzt Moskau vor allem auf seinen Rohstoffreichtum, um sich machtpolitisch zu behaupten. Gerade im zentralen Energiebereich hält Russland zahlreiche Trümpfe in der Hand und spielt sie gegen verschiedene Gegenstrategien Brüssels auch souverän aus, wie in der Folge für den Gassektor gezeigt werden soll.

Europa hängt am (russischen) Gastropf

Durch die Konzentration der weltweiten Energievorkommen auf immer weniger Erzeugerländer wachsen die Chancen - und die Bereitschaft -, die eigenen Ressourcen auch als machtpolitisches Druckmittel einzusetzen, ein Szenario, vor dem in westlichen Sicherheitskreisen immer nachdrücklicher gewarnt und das als ernste Bedrohung der (westlichen) Konsumenten eingestuft wird.²⁶

Schon die im Dezember 2003 verabschiedete „Europäische Sicherheitsstrategie“ äußerte extreme Besorgnis über die wachsende Abhängigkeit von Energieimporten, ein Aspekt, der von der EU-Kommission in ihrem 2006 verabschiedeten „Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ mit aller Deutlichkeit unterstrichen wurde: „Unsere Importabhängigkeit nimmt zu. Wenn wir die heimische Energieerzeugung nicht wettbewerbsfähiger machen, wird der Energiebedarf der Union in den nächsten 20 bis 30 Jahren zu 70 % (statt wie derzeit zu 50 %) durch Importe gedeckt werden, wobei einige aus Regionen stammen, in denen unsichere Verhältnisse drohen.“²⁷

Ein Hauptgrund hierfür sind die rapide zur Neige gehenden EU-Vorkommen (v.a. in der Nordsee), was zu einer Deckungslücke führt, die vor allem über Gas geschlossen werden soll. Deshalb prognostiziert die EU-Kommission, dass sich die Importabhängigkeit im Gasbereich in 25 Jahren sogar auf 80% erhöhen wird.²⁸ Da bereits heute fast ein Drittel der EU-Gasimporte aus Russland stammen und dieser Anteil sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit künftig stark erhöhen wird, wird dies vor dem Hintergrund wachsender europäisch-russischer Konflikte mittlerweile als ernste Sicherheitsbedrohung eingestuft.²⁹

Dies gilt umso mehr, seit deutlich wurde, dass

Moskau in Konfliktfällen durchaus gewillt ist, einem Land durch die Einstellung der Energieversorgung buchstäblich den Saft abzudrehen. In diesem Zusammenhang gehen angesichts der offensichtlichen russischen Versuche, die europäische Energie- und insbesondere die Gasversorgung auf sich zu monopolisieren, die Alarmglocken an, wie ein Kommentar der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* verdeutlicht: „Denn die Petrogroßmacht Russland ist nicht (mehr) so verlässlich, wie das gern behauptet wird. Und die wachsende Abhängigkeit von russischer Energie lässt das Konfliktpotential mitwachsen. Was folgt daraus? Sicher nicht, die Abhängigkeit so weit zu steigern, bis russische Monopolisten die strategische Kontrolle über die deutsche und europäische Energieversorgung und -sicherheit erlangen.“³⁰ Mit zwei Strategien versucht die Europäische Union dem entgegenzuwirken: „Diversifizierung“ und „Liberalisierung“.

Die gescheiterte EU-Liberalisierungsstrategie

Liberalisierung basiert einerseits auf der Hoffnung, durch eine Öffnung des bislang relativ geschlossenen EU-Energiemarktes für mehr Wettbewerb, eine Steigerung der Energieeffizienz und eine Senkung der Preise zu erreichen. Andererseits wird unter diesem Stichwort auch versucht, möglichst große Anteile des russischen Öl-, Gas- und Transportsektors zu übernehmen.

Als primäres Mittel hierfür sollte die so genannte Energie-Charta fungieren, ein 1994 von Russland zwar unterzeichnet aber bislang noch nicht ratifizierter Vertrag. Nicht ohne die russische Weigerung, den Vertrag zu ratifizieren, scharf zu bemängeln, benennt die CDU-nahe *Konrad-Adenauer Stiftung* im selben Atemzug den Grund hierfür, da die Charta „das russische Pipeline-Monopol für Öl und Gas beenden würde und die Preise für Energie in Europa durch mehr Konkurrenz senken könnte.“³¹ Tatsächlich gibt es kaum einen plausiblen Grund, weshalb Moskau der Charta zustimmen sollte: „Allerdings dürfte das EU-Verlangen nach einer Liberalisierung der russischen Gasindustrie für Russland so kaum hinnehmbar sein. Denn dahinter verbirgt sich das Ziel der europäischen Energiewirtschaft, die russischen Energieressourcen nicht nur zu nutzen, sondern auch zu besitzen. Der Schlüssel dafür ist der Energie-Charta-Vertrag. [...] Er verpflichtet die Unterzeichner auf die Privatisierung der Ressourcenvorräte wie der Transitwege, sowie auf den freien Transfer der in einem Land erwirtschafteten Gewinne.“³² Der Verdacht, das Hauptziel der Charta bestehe darin, sich die russischen Bodenschätze unter den Nagel zu reißen, erhärtet sich, angesichts der Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, ein

vorrangiges Interesse der Europäischen Union sei es, „Eigentumsrechte an russischen Erdgasfeldern oder an deren Ausbeute zu erwerben.“³³

Schon vom russischen Ausverkauf unter Boris Jelzin profitierten nicht nur die Oligarchen, sondern auch westliche Konzerne, die sich insbesondere auch im Energiesektor einkauften. So befinden sich bereits heute 26% des russischen Ölsektors in ausländischer Hand.³⁴ Während die Energie-Charta also darauf abzielt, auch die restlichen bislang staatlichen Energiekonzerne sukzessive zu übernehmen, setzt Moskau derzeit auf breiter Front zum groß angelegten energiepolitischen Gegenschlag an.

Russlands energiepolitische Offensive

Der Energiesektor ist neben dem Atomwaffenbereich einer der wenigen machtpolitischen Trümpfe Russlands: „Präsident Putin [...] sieht die Energiepolitik als Instrument, um Russland wieder zur Weltmacht zu machen.“³⁵ Ein wesentliches Element hierfür ist der offensichtliche Versuch, die europäische Gasversorgung so weit wie möglich auf sich zu monopolisieren. In diesem Zusammenhang verfolgt Moskau ein ganzes Bündel an Strategien: Verstärkte staatliche Kontrolle der eigenen Energieversorgungs- und Transportunternehmen; Zurückdrängung in Russland operierender westlicher Firmen; schrittweise Übernahme der osteuropäischen Energie- und Transportunternehmen; und als letzten Schritt, gerade in jüngster Zeit, der Einkauf in den westeuropäischen Energiesektor. Zudem ist Russland bestrebt, vor allem die zentralasiatischen Reserven langfristig an das eigene Leitungsnetz zu binden, worauf weiter unten nochmals gesondert eingegangen wird.

Re-Nationalisierung des russischen Energiesektors

Im Zentrum der russischen Energiestrategie steht der Konzern Gasprom, der etwa 90% der russischen Gasförderung auf sich vereint. Das Unternehmen hält einen 25%igen Anteil an der Weltgasproduktion und verfügt über das Monopol in den Bereichen Produktion, Transport und Export von russischem Erdgas.³⁶ Für den russischen Präsidenten Wladimir Putin ist Gasprom damit ein zentrales machtpolitisches Instrument, das es zu nutzen gilt, „eine mächtige politische und ökonomische Einflussmöglichkeit über den Rest der Welt.“³⁷

Aus diesem Grund feuerte er bereits unmittelbar nach seiner Wahl im Jahr 2000 den damaligen Gasprom-Chef Rem Wyachirew und berief einen engen Vertrauten, Alexej Miller, an die Spitze des Unternehmens. Ziel war es einerseits aus dem „Selbstbedienungsladen“ (so der Russland-Experte Alexander

Rahr), zu dem Wyachirew und sein Vorgänger Viktor Tschernomyrdin den Konzern in den 90ern gemacht hatten, erneut ein strategisch agierendes Unternehmen zu machen: „Gasprom wird nicht nur ein bedeutender Spieler auf dem Weltenergiemarkt sein, sondern Gasprom wird die Spielregeln bestimmen“, äußerte sich Gasprom-Chef Miller zu den Zielen des Konzerns.³⁸ Auf der anderen Seite sollte der auf 38 Prozent gesunkene staatliche Anteil am Konzern wieder erhöht werden. Im Wesentlichen war diese Strategie erfolgreich, mittlerweile hat Moskau die Aktienmehrheit wiedererlangt und setzt den Konzern mehr und mehr als machtpolitisches Instrument ein.

Während also Moskaus Energieoffensive schon länger begonnen hatte, kam sie ab 2003 so richtig ins Rollen, sie zielte zwar primär auf den Ölsektor, ist aber auch für den Gasbereich von Relevanz, da sie für die Intensivierung einer strategisch-machtpolitischen Energiepolitik steht: „Die Wende im Poker der Metropolen-Multis um Russlands Energieschätze ist auf das Jahr 2003 zu datieren. Mit der Verhaftung Chodorkowskis, des Eigentümers der Ölfirma Yukos im Jahr 2003, schob Präsident Putin dem Ausverkauf der russischen Energiequellen buchstäblich einen Riegel vor. Vorwand war die, wohl tatsächliche, Steuerhinterziehung von Yukos. Der eigentliche Grund war, dass der Kreml befürchtete, die Kontrolle über die strategisch wichtigen Öl- und Gasvorkommen und Pipeline-Routen, zu verlieren. Yukos wollte mit Sibneft, dem Ölkonzern des Oligarchen Abramowitsch, fusionieren, womit die bei weitem größte russische Ölfirma entstanden wäre. Ein Aktienpaket von 40 bis 50 Prozent sollte für rund fünfzehn Milliarden Dollar an ExxonMobil verkauft werden.“³⁹ Nachdem Yukos durch Steuernachforderungen in Höhe von 28 Mrd. \$ zum Verkauf gezwungen wurde, verlebte sich schließlich der staatliche Ölkonzern Rosneft wichtige Teile des Konzerns ein. Seit Ende 2005 auch noch der Abramowitsch-Konzern Sibneft für mehr als 13 Mrd. \$ von Gasprom übernommen wurde, „kontrolliert der Staat über Gasprom und Rosneft nun etwa vierzig Prozent der russischen Ölförderung.“⁴⁰

Zurückdrängung in Russland operierender westlicher Firmen

Parallel zur Re-Nationalisierung der russischen Unternehmen arbeitet Moskau auch aktiv daran, den Zugriff westlicher Konzerne auf die eigenen Ressourcen zu verringern: „Im Herbst 2006 verabschiedete der Kreml ein Gesetz, demzufolge russische Unternehmen bei der Vergabe von Förderlizenzen zur Ausbeute strategischer Öl-, Gas- und Metall-Lagerstätten die Mehrheit halten müssen.“⁴¹ Damit symbolisiert das Gesetz den Kreml-Kurs, „der ganz im Gegensatz

zu Deregulierung und marktwirtschaftlichen Mechanismen für eine Aufrechterhaltung der Kontrolle des Energiesektors durch die russische Regierung steht“, wie die „Konrad-Adenauer Stiftung“ lautstark bemängelt.⁴²

Im Oktober 2006 entschloss sich Gasprom westlichen Konzernen doch nicht, wie ursprünglich geplant, einen 49%igen Anteil am Shtokman-Feld zu verkaufen, sondern die volle Kontrolle über das größte Gasvorkommen der Welt zu behalten.⁴³ Zusätzlich wurde auch damit begonnen, sukzessive westliche Beteiligungen zurückzufahren: „[Im Dezember 2006] wurde ein vor der Insel Sachalin in der Öl- und Gasförderung aktives Shell-Konsortium plötzlich mit längst bestehenden Umweltauflagen drangsaliert und genötigt, eine 50%-Gasprom-Beteiligung zu akzeptieren. Mit dem gleichen Ziel bedrängen russische Steuerfahnder jetzt das britisch-russische TNK-BP-Konsortium auf dem sibirischen Erdgasfeld Kowytka.“⁴⁴

Gaskriege und die Übernahme der osteuropäischen Gasinfrastruktur

Dass und in welchem Ausmaß Russland bereit ist, seine energiepolitische Machtposition zum eigenen Vorteil zu nutzen, zeigte sich in den letzten Jahren anhand mehrfacher Auseinandersetzungen mit verschiedenen Nachbarstaaten. Dabei kristallisiert sich folgende Doppelstrategie heraus: Einerseits scheint der Kreml nicht mehr länger bereit zu sein, die osteuropäischen Staaten in dem Ausmaß wie bislang mit verbilligtem Öl zu subventionieren, insbesondere dort nicht, wo durch „bunte“ Revolutionen pro-westliche Potentaten an die Macht gekommen sind. Hierfür nutzt Moskau seine Monopolstellung aus, indem schlicht angedroht wird, den Energiehahn abzdrehen, sollten keine höhere Preise akzeptiert werden. Gleichzeitig wird andererseits im Zuge der Auseinandersetzungen auf eine Übernahme der jeweiligen Energieinfrastruktur hingearbeitet - und im Austausch hierfür wiederum verbilligte Energielieferungen in Aussicht gestellt. „Das Geheimnis liegt darin, dass Russland gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen will. Erstens: Verzicht [auf] die Wohltätigkeit bei Gaslieferungen und Steigerung des Gewinns für den Gasprom-Konzern, der einen bedeutenden Teil der Haushaltseinnahmen sichert. Zweitens: Übernahme (nach Möglichkeit) einer Kontrolle über die Gasleitungen auf dem Territorium dieser Länder.“⁴⁵

Die größten Wellen schlug dabei der russisch-ukrainische Gasstreit, der im März 2005 seinen Anfang nahm und erst Anfang 2006 beigelegt werden konnte. Ausgangspunkt war die russische Absicht, der Ukraine statt wie bisher 50\$ künftig 230\$ je 1000 m³ Gas zu berechnen und damit annähernd auf das Niveau

zu heben, das in Westeuropa bezahlt wird (250\$). Nachdem dies von ukrainischer Seite abgelehnt wurde, stoppte Moskau am 1. Januar 2006 die Gaslieferungen und bediente sich damit offensichtlich der viel gefürchteten „Energie-Waffe“. Bereits vier Tage später wurde eine Einigung erzielt, indem ein Endpreis von 95\$ festgesetzt wurde, weshalb zahlreiche Kommentatoren dies als günstigen Kompromiss für die Ukraine werteten. Tatsächlich passt die Einigung aber perfekt in Moskaus Gesamtkonzept. Denn die Distribution wird künftig über verschiedene Umwege von russisch kontrollierten Unternehmen übernommen: „Gasprom betreibt rasant die Übernahme des Gastransportsystems der Ukraine mittels seiner ukrainischen monopolistischen Ableger: RosUkrEnergo und UkrGazEnergo. Das unmittelbare Ziel ist das interne Gasverteilungsnetz, obgleich das Transitsystem auch ins Auge gefasst wird.“⁴⁶

Während die aggressive „Verhandlungs“strategie des Kreml zumeist als Bestrafung für den pro-westlichen Kurs der Regierung Juschtschenko in Folge der orangenen Revolution interpretiert wird⁴⁷, dürfte es sich hierbei aber eher um einen gewollten Nebeneffekt gehandelt haben. Das eigentliche Motiv dürfte tatsächlich darin bestanden haben, die Übernahme des ukrainischen Leitungsnetzes zu forcieren, die zuvor ins Stocken geraten war: „Ein Abkommen über eine gemeinsame Verwaltung des Gastransportsystems war bereits 2002 erzielt worden, als die Gründung eines russisch-ukrainischen Konsortiums bekannt gegeben wurde, das sich eigens damit befassen und dem sich später Deutschland anschließen sollte. Unter Kutschma konnte das Konsortium seine Tätigkeit nicht aufnehmen. Unter Juschtschenko wurde dieses Projekt im Grunde genommen torpediert. Daraus resultiert die extrem harte, möglicherweise schockierende Position der russischen Seite, die nicht mehr mit einem Erfolg herkömmlicher langwieriger Verhandlungen rechnet und die Situation maximal verschärfen will, um die Ukraine zu einer prinzipiellen Änderung ihrer Position gegenüber dem Konsortium zu bewegen.“⁴⁸

Dafür, dass dieses Ziel tatsächlich im Vordergrund stand, spricht auch, dass dem pro-russischen Machthaber in Minsk, Alexander Lukaschenko, genau dasselbe widerfuhr. Schon 2003 hatte Gasprom die Absicht bekundet, den extrem niedrigen Gaspreis von 46,68\$ je 1000 m³ ebenfalls deutlich anheben zu wollen. Schon damals bestand das Ziel in der Beteiligung Gasproms am weißrussischen Gas-Transportmonopolisten Beltransgas. Die Weigerung diesen zu veräußern führte im Februar 2004 zu einem ersten Lieferstopp. Nach einer zwischenzeitlichen Einigung eskalierte der Streit Ende 2006 erneut.⁴⁹ Angesichts

der russischen Drohungen inklusive Lieferstopp knickte Lukaschenko schließlich im Mai 2007 endgültig ein und stimmte dem Verkauf von 50% der Beltransgas-Anteile an Gasprom zu, was ihm durch die Aussicht auf verbilligte Energielieferungen verüßt wurde: „Dafür hebt Gasprom den Preis für seine Gaslieferungen nach Weißrussland auf nur 100 Dollar für 1000 Kubikmeter an. Damit hat sich der Preis zwar mehr als verdoppelt, bleibt aber unter den ursprünglichen Gasprom-Forderungen.“⁵⁰ Dass man sogar bereit ist, für die Beltransgas-Anteile, deren Wert auf 800 Mio. \$ geschätzt wird, 2,5 Mrd. \$ zu bezahlen, unterstreicht zusätzlich, wie vorrangig für Moskau die Übernahme der Transitinfrastruktur ist.⁵¹ In dieses Bild passt auch, dass sich die Preisgestaltung stark daran orientiert, inwieweit einer solchen Übernahme zugestimmt wird: „Moldawien zahlt [...] 170 Dollar für Gas aus Russland und wird wie Weißrussland bis 2011 auf EU-Preisniveau gehoben. Georgien, das sich weigerte, die Kontrolle über seine Gasgesellschaft an Gasprom abzutreten, zahlt statt bisher 110 Dollar seit Januar 235 Dollar. [...] Das moskaufreundliche Armenien trat die Kontrolle über den Gastransport durchs eigene Land an Gasprom ab und zahlt bis 2009 nur 110 Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas.“⁵² Darüber hinaus will Moskau auch im Ölsektor expandieren, so plant Rosneft einen groß angelegten Einkauf in osteuropäische Raffinerien mit Investitionen in Höhe von 16 Mrd. \$.⁵³

Russland übernimmt also immer größere Teile der osteuropäischen Energieinfrastruktur und erreicht dies mittels Zuckerbrot und Peitsche. Als Lockmittel dienen subventionierte Preise, wer aber nicht bereit ist, der russischen Übernahme zuzustimmen, dem berechnet Moskau eben den deutlich höheren westeuropäischen Preis, was für diese Länder eine erhebliche ökonomische Mehrbelastung bedeutet. Zusammengefasst sind dies deutliche Zeichen dafür, dass Russland „sehr gezielt, zunächst in Ostmitteleuropa, versucht, durch Zukauf von Verteilungsunternehmen eine marktbeherrschende Stellung aufzubauen.“⁵⁴ Doch der Energiesektor scheint offensichtlich nicht nur ein Mittel zu sein, den verlorenen russischen Einfluss auf die unmittelbaren Nachbarstaaten des ehemaligen Ostblocks zurückzuerlangen, sondern auch, um die Position gegenüber Westeuropa zu stärken.

Russland kauft sich im Westen ein

Ironischerweise kommt ausgerechnet Russland die Liberalisierung des europäischen Energiemarktes extrem zu pass: „Zur Förderung des Wettbewerbs und zum Nutzen des Verbrauchers befindet sich die EU gerade im umgekehrten Prozess der Privatisierung einst staatlicher Unternehmen und der Liberalisie-

Grafik: Gas-Pipelines von Russland nach Europa



Quelle: Major Russian Oil and Natural Gas Pipeline Projects, Energy Information Administration, March 2005

rung des Energiemarkts. Russland nutzt diesen Wettbewerb privater europäischer Energieunternehmen und erwirbt mit Gazprom in Deutschland Anteile am Verteilernetz ohne selbst ausländischen Erwerb am russischen Verteilernetz zuzulassen.⁵⁵

Ein Hebel hierfür ist, dass Moskau zwar westlichen Konzernen den Einstieg in die Ausbeutung russischer Öl- und Gasfelder per Minderheitenbeteiligungen teilweise erlaubt, diesen aber an Bedingungen knüpft. So wurde zwar die BASF-Tochter Winterhall AG an der Förderung von Erdgas in Westsibirien im Feld Yushno Russko direkt mit 50 % minus eine Aktie beteiligt, im Gegenzug musste jedoch der Gazprom-Anteil am Gemeinschaftsunternehmen Wingas, das Erdgas in Deutschland verkauft, von 35 % auf 50 % minus eine Aktie aufgestockt werden.⁵⁶ Noch offensiver ging Gazprom in anderen westeuropäischen Ländern vor: „Im Frühling [2006] wollten die Russen den britischen Versorger Centrica schlucken, worauf das sonst so marktliberale London plötzlich Nerven zeigte. Das Geschäft scheiterte, vorerst. Im Juni gelang es Gazprom dann aber, sich an der niederländischen Gasunie zu beteiligen, im Tausch für Aktien an der Ostseepipeline. Der Kniff dabei: Die Holländer bauen an einem Gasrohr nach England, das Gazprom nun als Tunnel in die englische Festung dient.“⁵⁷

All diese Maßnahmen sind Teil einer gezielten Stra-

tegie, eine monopolartige Stellung für die europäische Gasversorgung aufzubauen, was von manchen Kommentatoren als größere, weil umfassendere Herausforderung eingestuft wird, als die seit den 70er Jahren vom OPEC-Kartell ausgehenden Versuche, Einfluss auf den Weltölmarkt zu erlangen: „Ihr Ziel ist umfassender als das der arabischen Mächtegermonopolisten von 1974. Gazprom will die Quellen, die Transportwege und die Absatzmärkte in eine, in seine Hand bekommen. Das ist so, als hätten die Scheichs vor 30 Jahren nicht nur Öltürme, sondern auch die Tanker und die Aral-Tankstellen besessen.“⁵⁸ Darüber, dass Moskau nicht länger bereit ist zuzulassen, dass vor allem westliche Konzerne von der Ausbeutung seiner Rohstoffe profitieren, ja sogar versucht den Spieß umzudrehen, ist man sichtlich erbost: „So haben wir nicht gewettet“, scheint man im Westen zu denken. Euros und Dollars sollten zwar den russischen Energie- und Rohstoffmarkt aufrollen, aber nicht umgekehrt der Rubel in Richtung westliches Konzernkapital fließen.“⁵⁹

Da sich die Liberalisierungsstrategie offensichtlich als ineffektiv erwiesen hat, um den wachsenden russischen Einfluss zu konterkarieren, ist man gezwungen, verstärkt auf das Element der Diversifizierung zu setzen.

Diversifizierung: Bruch des russischen Pipeline-Monopols

Diversifizierung hat zum Ziel, die Energieeinfuhren, sowohl was die Rohstoffquellen, mehr noch aber was die Transportwege anbelangt, so zu streuen, dass man von keinem einzelnen Anbieter allzu abhängig und damit erpressbar ist. Washington fordert in diesem Kontext schon seit langem explizit den Bau von Pipelinerouten zum Abtransport der immensen kaukasischen und zentralasiatischen Energievorräte unter Umgehung Russland (und des Irans). Nach jahrelangen heftigen Auseinandersetzungen gelang Washington hier ein Teilerfolg durch die inzwischen in Betrieb genommenen Baku-Tiflis-Ceyhan Ölpipeline. Im Gegenzug versucht Moskau die Durchleitung immer weiter auf sich zu monopolisieren.

Im Gasbereich verlaufen bislang sämtliche Lieferungen von den westsibirischen Erdgasfeldern nach Westeuropa über Weißrussland, Polen und die Ukraine (siehe Karte). Dies eröffnet diesen Transitländern im Streitfall mit Moskau die Möglichkeit auch die - extrem lukrativen - Lieferungen nach Westeuropa zu blockieren, was einen gewissen Schutz vor allzu großer russischer Willkür ermöglicht.⁶⁰ Vor diesem Hintergrund ist der bekanntlich unter tatkräftiger Mithilfe von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder eingefädelt Beschluss zum Bau der so genannten Ostseepipeline von enormer strategischer Bedeutung. Denn sie soll ab 2010 russisches Gas 1200km durch die Ostsee bis nach Greifswald pumpen und so zur Umgehung der osteuropäischen Länder beitragen.⁶¹

Ein derzeit entscheidendes machtpolitisches Faustpfand im Energiepoker ist die Tatsache, dass Russland augenblicklich über sein Transitnetz de facto die Kontrolle über die enormen Gasreserven der kaspischen Region ausübt: „Gegenwärtig erreicht Gas vom kaspischen Meer und Zentralasien Europa ausschließlich über russische Pipelines, womit es - aufgrund des Gasprom Pipeline-Monopols - zu russischem Gas wird.“⁶² Dies wiederum gibt Moskau die Möglichkeit, äußerst lukrative Verträge abzuschließen, mit denen die Expansion auf dem westeuropäischen Markt finanziert wird: „Weil Gasprom keine fremde Energie in den eigenen Leitungen akzeptiert, sind die Binnenländer im kaspischen Becken vorläufig nämlich genötigt, ihr Gas an den Konzern aus Moskau oder seine Tochtergesellschaften zu verkaufen. Und zwar zu den Bedingungen, die Gasprom setzt. Die lukrativen ‚Arbitragen‘ aus immer noch relativ billig zugekauftem und teuer weiterverkauftem zentralasiatischem Gas erlauben der Gasprom nicht nur die ‚Subventionierung‘ des russischen Binnenkonsums, sondern auch Einkäufe in die wertschöpfenden europäischen Ener-

gie-Verteiler-Systeme. Gasprom nutzt die in der EU geltende Freiheit der Anleger und den freien Kapitalverkehr.“⁶³

Während Russland seit Langem versucht, die Durchleitung der zentralasiatischen Vorkommen über das eigene Pipeline-System auf Jahrzehnte hinaus festzuzimmern, zielt die Strategie von Washington und Brüssel auf das genaue Gegenteil ab, wie die Heritage Foundation verdeutlicht: „Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Union und die Vereinigten Staaten zusammenarbeiten, um Wege und innovative Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von einem monopolistischen Russland zu finden und zu implementieren. Als Minimum sollten sie bei der Unterstützung neuer Transitstrecken zusammenarbeiten, die Russland umgehen.“⁶⁴ Im Zentrum dieser Bestrebungen steht das EU-Projekt Nabucco.

NABUCCO: „Das wichtigste Energieprojekt Europas“

Nicht nur die US-Regierung tritt massiv für den Bau neuer Pipelinerouten zum Bruch des russischen Monopols ein. Auch die EU-Kommission fordert angesichts der wachsenden Abhängigkeit von Russland in ihrem Grünbuch „ein klares politisches Konzept für die Sicherung und Diversifizierung der Energieversorgung. [...] Ein solches Konzept ist sowohl für die EU insgesamt als auch für einzelne Mitgliedstaaten oder Regionen notwendig und ist hinsichtlich der Erdgasversorgung in besonderem Maße angebracht. [...] Beispiele hierfür sind u. a. eine unabhängige Versorgung durch Erdgasrohrleitungen von der kaspischen Region und von Nordafrika bis ins Zentrum der EU.“⁶⁵

Das zentrale Vorhaben in diesem Zusammenhang ist das Projekt Nabucco, eine etwa 3.300 km lange Pipeline, die bis zum Jahr 2025 zwischen 10 und 15% des EU-Gasbedarfs über die Durchleitung kaspischer Vorkommen decken soll. Ausgehend von Aserbaidschan ist geplant, über die Türkei, Rumänien, Bulgarien und Ungarn Gas bis nach Österreich zu leiten. Die Gesamtkosten des Mammutprojektes werden auf ca. 5 Mrd. Euro veranschlagt. Baubeginn soll nach derzeitigem Stand 2009 sein, ab 2012 sollen zwischen 8 Milliarden („base case“) und 13 Milliarden Kubikmeter („high case“) jährlich transportiert werden. Für das Endstadium, das 2018 erreicht sein soll, visiert das Betreiberkonsortium, das sich unter Führung der österreichischen OMV zu je 20 Prozent aus den Energieunternehmen MOL (Ungarn), Transgaz (Rumänien), Bulgargaz (Bulgarien) und BOTAS (Türkei) zusammensetzt, zwischen 25,5 Milliarden („base case“) und 31 Milliarden Kubikmetern („high case“) an.⁶⁶

Karte: Verlauf der Nabucco-Pipeline



Aufschlussreich ist allein schon die Namensgebung des Projektes, die von offizieller Seite folgendermaßen begründet wird: „Nabucco“ - die Bezeichnung geht auf die durch die Verdi-Oper bekannt gewordene italienische Namensform des babylonischen Königs Nebukadnezar zurück und soll die Orientierung des Projekts in den vorderasiatischen Raum verdeutlichen.⁶⁷ Das offensichtliche Ziel des Nabucco-Projektes besteht darin, die kaukasischen, wichtiger aber noch die zentralasiatischen Gas-Vorkommen dem russischen Zugriff zu entziehen, indem Moskaus Leitungsmonopol gebrochen wird. Der Chef der OMV Gas GmbH, Otto Musilek, jedenfalls macht kein Hehl aus dem politischen Charakter der Trasse: „Je stärker man diversifiziert, desto weniger wird man erpressbar werden.“⁶⁸ Noch im Jahr 2007 soll entschieden werden, ob das Nabucco-Projekt tatsächlich realisiert werden wird.

Selbstverständlich wird dabei versucht, die massiven russischen Vorbehalte abzumildern: „Das Nabucco-Projekt richtet sich gegen niemanden. Es ist nicht gegen Russland und nicht gegen Gasprom, sondern es ist ein Weg zur Diversifizierung und eine Lieferquelle für die Europäische Union.“⁶⁹ Solchen Lippenbekenntnissen glaubt in Moskau jedoch kein Mensch. Tatsächlich wird häufig nicht einmal versucht, die anti-russische Stoßrichtung des Projektes zu verbergen. So schreiben die Analysten von Deut-

sche Bank Research: „Die ‚Nabucco‘-Pipeline verkörpert das Streben der EU nach einer grundsätzlich größeren Unabhängigkeit von Russland.“⁷⁰ Ebenso äußert sich die Neue Züricher Zeitung: „Es geht vor allem darum, das mit den russischen Transportwegen geschaffene Monopol für nichtrussisches, zentralasiatisches Gas zu brechen. [...] Kein Wunder also, dass das Nabucco-Projekt vom Konzern aus Moskau hart bekämpft wird.“⁷¹

So überrascht es nicht, dass sich Nabucco der Unterstützung höchster Ebenen erfreut. Bspws. wurde die Machbarkeitsstudie von der EU im Rahmen des „European Network programme“ (Transeuropäische Netze im Energiebereich, TEN-E) mit 4.8 Mio. € finanziell unterstützt.⁷² Während das Betreiberkonsortium für ca. 30% der Gesamtkosten aufkommen soll, ist geplant 70% über Fremdmittel zu finanzieren, wobei dabei die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) den Löwenanteil, wenn nicht sogar alles übernehmen sollen: „Als ziemlich sicher gilt, dass die Nabucco am Geld nicht scheitern wird. Die EIB stehe voll und ganz hinter dem Projekt, sagte deren stellvertretender Vorstandsvorsitzender Wolfgang Roth.“⁷³ Mitte 2006 wurde auch offiziell die Bedeutung des Projektes betont: „Die Europäische Kommission begrüßt das Nabucco-Projekt und wird versuchen, zur Lösung von technischen und wirtschaftlichen Proble-

men beim Gastransport in die EU über verschiedene Routen beizutragen“, sagte der lettische EU-Energiekommissar Andris Piebalgs.⁷⁴ Noch klarer äußerte sich Martin Bartenstein während seiner Zeit als österreichischer EU-Ratsvorsitzender: „[Die] Nabucco-Pipeline ist das wichtigste Energieprojekt Europas.“⁷⁵ Im Januar 2007 betonte die EU-Kommission nochmals, Nabucco sei eines von vier vorrangigen Projekten im Energiebereich.⁷⁶ Im zweiten Halbjahr 2007 soll nach Aussagen des für konventionelle Energiereserven zuständigen Direktors in der EU-Kommission, Heinz Hilbrecht, ein eigener Koordinator ernannt werden.⁷⁷ Zusammengefasst verwundert es somit nicht, dass sich der Geschäftsführer von OMV Gas hochfreut über die EU-Unterstützung zeigt: „Mit der EU stehen wir seit Beginn des Projektes in Kontakt. Die EU hat auch die Machbarkeits-Studie gefördert. Wir haben dafür ja von der EU Geld bekommen. Die EU ist interessiert an neuen Quellen und Routen. Es hat mich gefreut, dass Piebalgs von sich aus unser Projekt verstärkt in der Presse nennt.“⁷⁸

Auch die deutsche Regierung setzt sich für das Projekt ein: „Mit der Nabucco-Pipeline könnte Erdgas aus dem Kaspischen Raum nach Westeuropa transportiert werden. Die Bundesregierung begrüßt grundsätzlich jede Maßnahme, die zu einer Diversifizierung der Transportwege oder der Gasbezugsquellen beiträgt und hat daher der Aufnahme der Nabucco-Pipeline in die Liste der Transeuropäischen Netze (TEN) zugestimmt.“⁷⁹ Der Schwenk von Schröderscher Ostseegaspipeline zu Merkelscher Nabucco-Präferenzierung symbolisiert damit auch die transatlantische Re-Orientierung der deutschen Außenpolitik, indem auf Washingtons anti-russische Linie eingeschwenkt wird.

NABBUCCO als Transatlantisches Gemeinschaftsprojekt

Wie erwähnt ist es das beiderseitige Ziel von Washington und Brüssel nicht nur die kaukasischen, sondern explizit auch die zentralasiatischen Energievorkommen dem russischen Zugriff zu entziehen. Da die Nabucco-Trasse ihren Anfang in Aserbaidschan nimmt, wird zusätzlich der Bau einer weiteren Pipeline gefordert, mit der Zentralasien an Nabucco angebunden würde. Genau in diesem Kontext sehen US-Hardliner den großen Wert des Projektes: „Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union haben sich für den Bau der Nabucco Gas-Pipeline als eine Alternative zu russisch-kontrollierten Pipelines ausgesprochen. [...] Ebenfalls überlegt wird der Bau einer Pipeline von Kasachstan, Turkmenistan oder Aserbaidschan, die sich mit Nabucco verbinden und

damit die erste direkte Verbindung zwischen kaspischen und zentralasiatischen Gasproduzenten und den europäischen Märkten herstellen würde. Wenn die Exporte in die Höhe schnellen, könnten sich die zentralasiatischen Staaten als unwillig erweisen, weiterhin ihre Gas zu einem Discount an Russland zu verkaufen, wenn sie anderswo höhere Preise erzielen können.“⁸⁰

Nicht nur in der traditionell eher US-freundlichen CDU, auch im SPD-Umfeld wird die „transatlantische Dimension“ des Projektes betont und derartige Vorschläge zur gezielten Schwächung Russlands eins zu eins aufgegriffen: „Die Sicherung der nordamerikanischen und die der europäischen Energieversorgung sind zwei Seiten einer partnerschaftlichen, sehr investitionsintensiven Aufgabe, die gemeinsame geostrategische Interessen begründet. [Ziel war es schon lange,] den sogenannten Ost-West-Energiekorridor einzurichten, über den kaspisches Öl und Gas unter Umgehung Russlands (und Vermeidung Irans) direkt nach Europa gelangen sollte. [Mit Nabucco] wäre aber lediglich der westliche Teil der Kaspischen See direkt mit Europa verbunden. Das amerikanisch-europäische Projekt muss jetzt in Richtung Ostseite der Kaspischen See weitergeführt werden, um die deutlich größeren Reserven an Erdöl in Kasachstan und Erdgas in Turkmenistan in die Reichweite Europas zu bringen.“⁸¹

Es überrascht nicht, dass Moskau in dem Projekt, ungeachtet aller Beschwichtigungsversuche, offensichtlich eine ernste Bedrohung seiner Interessen sieht, wie auch die zahlreichen Torpedierungsversuche nahe legen, die mittlerweile eingeleitet wurden.

Russische Nabucco-Störfeuer

Als Gegenmaßnahme versucht Moskau derzeit mit einem Ausbau der Südeuropäischen Gas-Pipeline (Blue Stream) dem EU-Projekt den Boden unter den Füßen wegzuziehen: „Die Südeuropäische Gaspipeline ist als Ergänzung gedacht zu der vom Kreml und von der Regierung Schröder beschlossenen und unter der Führung Schröders bereits gebauten Ostsee-Pipeline zwischen Russland und Deutschland. Die beiden Leitungen zielen offensichtlich darauf ab, Europa noch stärker an den russischen Gashahn zu binden und Gasprom näher an die europäischen Verteilersysteme heranzubringen.“⁸² Das Ziel von Gasprom ist somit der Bau einer „eigenen Pipeline, um Nabucco überflüssig zu machen. Geplant ist eine Verlängerung der bestehenden Blue-Stream-Pipeline, die russisches Erdgas durch das Schwarze Meer in die Türkei pumpt. Das neue Pipeline-Stück würde parallel zum Nabucco-Projekt durch Bulgarien und Rumänien verlaufen

und endete in Ungarn.⁸³

Darüber hinaus hat E.ON Ruhrgas - ähnlich dem Deal, der zwischen Wintershall und Gazprom abgeschlossen wurde - seine Anteile an MOL, dem ungarischen Mitglied im Nabucco-Konsortium, gegen eine 25%-Beteiligung am sibirischen Yushno-Ruskoje-Feld, an Gazprom abgetreten.⁸⁴ Kurz darauf vollzog MOL, gestützt von der ungarischen Regierung, einen drastischen Kurswechsel: „Ungarns Kuschkurs mit Russland könnte jetzt ein wichtiges Projekt der europäischen Energiepolitik verzögern oder sogar zu Fall bringen. Die ungarische Regierung überlegt, aus dem Nabucco-Projekt einer Gaspipeline von der Türkei nach Westeuropa auszusteigen und stattdessen den russischen Konkurrenzplan zu bevorzugen.“⁸⁵ Auch hier diente die von Gazprom in Aussicht gestellte Lieferung verbilligten Gases als Lockmittel für den Sinneswandel der ungarischen Regierung.⁸⁶ Dies rief wiederum den österreichischen Lobbyisten Hannes Swoboda, Mitglied im Energieausschuss des EU-Parlaments, auf den Plan, der sich mit einer harschen Kritik in Richtung Ungarn hervortat und Brüssel zum Handeln aufforderte: „Die EU-Kommission und die österreichische Bundesregierung sollten die ungarische Regierung in die Pflicht nehmen, damit auch sie ihren Beitrag zur Diversifizierung der Energieversorgung Europas liefert und hinter dem Nabucco-Projekt steht.“⁸⁷ Überhaupt lässt sich feststellen, dass gerade Österreich, das sich vom Nabucco-Projekt erhofft zu einer, wenn nicht gar der zentralen europäischen Gasdrehzscheibe aufzusteigen, heftig für den Bau der Pipeline engagiert.⁸⁸

Als weiteres Element zur Untergrabung von Nabucco hat Gazprom eine Charmeoffensive gegenüber der Türkei begonnen, indem Ankara ebenfalls verbilligtes Gas angeboten wurde, wenn dafür im Gegenzug für die Durchleitung von zentralasiatischem Gas nach Europa ausschließlich auf die russische Blue Stream-Trasse gesetzt wird: „Das wäre dann endgültig das Aus für Nabucco.“⁸⁹ Zwar ist diesbezüglich noch nichts entschieden, dass Nabucco für die Türkei ganz offensichtlich nicht mehr ganz oben auf der Prioritätenliste steht, wurde aber deutlich, als der Einstieg in das Konsortium von „Gas de France“, dessen Kapital dringend zur Realisierung benötigt wird⁹⁰, unter Hinweis auf den Armenier-Beschluss der französischen Nationalversammlung blockiert wurde.⁹¹ Eines ist jedenfalls klar: „Gazprom versucht ganz offensichtlich, das Nabucco-Projekt zu stören“, so das Urteil des SWP-Mitarbeiters Roland Götz.⁹² Im Mai 2007 gelang Russland schließlich ein weiterer Coup, der womöglich das EU-Projekt endgültig beerdigt.

Putins Finaler Schlag gegen Nabucco

Seit Längerem warben hohe EU-Offizielle für den Bau einer Transkaspischen Gaspipeline, die über die Anbindung an Nabucco eben jene direkte Durchleitung bis nach Westeuropa unter Umgehung Russlands ermöglichen würde, die so offensichtlich angestrebt wird.⁹³ Vor allem nach dem Tod des turkmenischen Diktators Saparmurat Niyazov Ende 2006 hoffte man in der Europäischen Union, seinen Nachfolger für dieses Projekt zu gewinnen.⁹⁴ Aufgrund aktiver Gegenmaßnahmen Moskaus entpuppte sich dies inzwischen jedoch als Luftschloss: „Zum Abschluss seiner sechstägigen Zentralasien-Tournee vereinbarte Putin mit dem turkmenischen Präsidenten Gurbanguli Berdymuchamedow den Bau eines neuen Pipelinestrangs, der von Turkmenistan über Kasachstan bis nach Russland entlang des Kaspischen Meeres führen soll. Ein entsprechendes Abkommen soll im Dezember unterschriftsreif sein. Die Pipeline hat eine Kapazität von maximal 30 Mrd. Kubikmeter pro Jahr. Bislang existiert eine noch aus den 1960-er Jahren stammende Leitung aus Turkmenistan nach Russland.“

Damit erteilte Putin dem von den USA und der EU favorisierten Plan eine Absage, eine Pipeline von Turkmenistan aus durch das Kaspische Meer (Transkaspische Route) bis nach Aserbaidschan und weiter nach Europa zu führen und somit eine Exportroute unter Umgehung Russlands zu haben. Diese Pipeline sollte in die noch zu bauende Nabucco-Pipeline münden, die über 3300 Kilometer bis nach Österreich führt.⁹⁵ Da hiermit der Großteil der zentralasiatischen Vorkommen langfristig an das russische Transitsystem gebunden wurden, fasste ein Vertreter eines europäischen Energieversorgers die Tragweite des Abkommens folgendermaßen zusammen: „Das ist der Tod der europäischen Bemühungen um Erdgas vom Kaspischen Meer.“⁹⁶ Damit steht das zentrale Element der insbesondere von Deutschland vorangetriebenen EU-Zentralasien-Strategie, die noch 2007 verabschiedet werden soll, in Frage: „Diversifizierung von Energieträgern, Herkunftsländern und Transitrouten ist erklärte Politik der EU“, heißt es in einer Erklärung des Auswärtigen Amtes über eines der Kernelemente der Strategie.⁹⁷

Zwar kündigte Martin Bartenstein an, im September eine Reise in den zentralasiatischen Raum, darunter nach Turkmenistan und Kasachstan, unternehmen zu wollen, um das Projekt womöglich doch noch zu retten, die Chancen hierfür stehen jedoch denkbar schlecht.⁹⁸ Kurz nach dem russisch-kasachisch-turkmenischen Abkommen gab Gazprom-Chef Miller süffisant an, er sehe nunmehr für Nabucco „keine Ressourcen und auch kein Gas.“⁹⁹ Auch Gazprom Ex-

port-Chef Alexander Medwedew ist sich sicher, dass das Projekt gestorben ist: „Nein. Das Projekt gibt es nur auf dem Papier. Wenn Sie mich fragen, wird Nabucco nicht verwirklicht.“¹⁰⁰

Nach dem Wegfall der zentralasiatischen Reserven benötigt Nabucco, um wirtschaftlich realisierbar zu sein, somit entweder Gas aus dem Iran oder aus Russland. Aber russisches Gas für Nabucco wird es nur unter einer Bedingung geben: dass nämlich Moskau substanziell am Konsortium beteiligt wird.¹⁰¹ Aussagekräftig in diesem Zusammenhang sind auch die Gasprom-Überlegungen, bei OMV einzusteigen.¹⁰² „Das ist wirtschaftlich vernünftig, hat aber mit der ursprünglichen geopolitischen Zielsetzung, zentralasiatisches Gas unter Umgehung Russlands nach Europa zu transportieren, nichts mehr zu tun. Die einzig denkbare Alternative wäre, möglichst viel Gas aus dem Iran in die Nabucco-Pipeline einzuspeisen, was aber auf den erbitterten Widerstand der USA stößt.“¹⁰³ Obwohl OMV durchaus aufgeschlossen gegenüber einer Einbeziehung des Irans ist¹⁰⁴, wird dies von Washington kategorisch abgelehnt. Einzig ein Angriff auf den Iran könnte hier Abhilfe schaffen, was allerdings sowohl halsbrecherisch als auch wenig Erfolg versprechend ist. Womöglich ist dies auch eine Erklärung, weshalb die EU-Eskalationsdiplomatie derzeit den Boden hierfür bereitet.¹⁰⁵

Dass unter diesen Umständen der Bruch des russischen Gasmonopols per Pipeline bewerkstelligt werden kann, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt also mehr als fraglich, Moskau scheint immer die Nase ein Stückchen vorn zu haben. Diese Erkenntnis dürfte auch dafür verantwortlich sein, dass die Europäische Union einen weiteren Schauplatz im Gaskrieg mit Russland eröffnet hat.

Flüssiggas und Gas-OPEC

Da Gas derzeit nahezu ausschließlich über Pipelines befördert werden kann und die Transportkosten mit zunehmender Entfernung exponentiell steigen, ist der Markt stark regionalisiert. Dies verhindert augenblicklich die Wirksamkeit eines Gaskartells, das durch eine Reduzierung des Angebots Einfluss nehmen könnte, da noch kein globaler Gasmarkt besteht¹⁰⁶: „Anders als Rohöl, das mit Tankschiffen kreuz und quer über den Globus gefahren und auch in großen Mengen zwischengelagert werden kann, ist Erdgas keine Ware, die man flexibel handeln kann: Gas strömt fast ausschließlich durch Pipelines direkt von den Förderern zu den Verbrauchern – womit für beide Geschäftspartner so gut wie keine Alternativen bestehen, andere Lieferanten oder Kunden zu finden.“¹⁰⁷ Aus diesem Grund wird der globale Gashan-

del im Gegensatz zu Öl über langfristige Verträge mit häufig bis zu 25 Jahren Laufzeit abgewickelt. Dies wird sich jedoch zukünftig ändern, da der Marktanteil von Flüssiggas (LNG), das aufwendig auf minus 160 Grad gekühlt wird und damit per Tanker verschiffbar ist, erheblich zunehmen wird. Gas wird damit nahezu ebenso flexibel handelbar wie Öl.

Brüssel sieht im Ausbau des LNG-Marktes eine weitere Möglichkeit, sich unabhängiger von Russland zu machen, wofür aber von langfristigen Lieferverträgen zunehmend Abstand genommen werden muss: „Dies wird uns Zugang zu einem globalen Markt ähnlich wie beim Öl ermöglichen“, freut sich bereits der energiepolitische Sprecher der EU-Kommission, Fernando Espuny, um in Anspielung auf die jüngsten Krisen mit Russland fortzufahren: „Wenn irgendjemand dir kein Gas verkaufen kann, gehst du einfach woanders hin.“¹⁰⁸ Auch in einem Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion findet sich diese Hoffnung wieder: „Deutschland muss [...] seine Importe so weit wie möglich diversifizieren und den Zugang zu möglichst vielen Energiemärkten offen halten. [...] Der geplante Bau eines Löschtterminals für Flüssiggas in Wilhelmshaven eröffnet Deutschland diesen Markt und den Zugang zu Gasfeldern wie in Katar, die über Pipelines nicht erreicht werden können.“¹⁰⁹ Konsequenterweise fordert die EU-Kommission den europaweiten Ausbau solcher Flüssiggasterminals und hebt deren Bedeutung explizit hervor.¹¹⁰

Doch auch hierauf scheint Moskau eine Antwort parat zu haben. Während von den drei wichtigsten derzeitigen EU-Gasversorgern Norwegen allmählich die Puste, sprich die Reserven ausgehen, unterzeichneten die russische Gasprom und die algerische Sonatrach, die schon heute zusammen fast 40% der europäischen Gasversorgung (und sogar 90% der westeuropäischen) gewährleisten, im Sommer 2006 ein gemeinsames Memorandum für eine engere Zusammenarbeit.¹¹¹ „Das ist eine reale Gefahr“, so Enno Harks, Energieexperte der SPD-nahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). „Wenn Russland und Algerien sich bei den Lieferkonditionen absprechen, hätte dies die Wirkung eines Kartells.“¹¹² Diese Einschätzung wird auch von offizieller Seite geteilt: „Der Kontext dieser Treffen zwischen Russland und Algerien macht uns nervös“, gibt EU-Energiekommissar Adris Pielbargs an, „sie könnten eine Art Kartell bilden.“¹¹³

Und tatsächlich scheinen die Pläne augenblicklich in diese Richtung zu gehen, da Russland auch hier den Spieß umdreht und sich den Ausbau des LNG-Marktes zu nutze macht. Denn wenn Gas zunehmend global gehandelt wird, macht dies die Überlegung zur Bildung eines Kartells, das Angebot und Nachfrage

- und damit den Preis - bestimmt, erstmals überaus attraktiv. Nachdem schon seit Langem Vorschläge zur Bildung einer Gas-Opec durch die Gegend geistern, ergriff der Iran in Gestalt von Ayatollah Ali Chamenei im Januar 2007 die Initiative und schlug die Bildung eines Gaskartells vor. Obwohl sich Moskau zuvor immer sehr zurückhaltend hierzu geäußert hatte, überraschte Putin im Februar 2007 mit der Aussage, hierbei handele es sich um eine „interessante Idee.“¹¹⁴ Neben Russland werden dabei derzeit zumeist Katar, Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Venezuela und Algerien als mögliche Mitglieder ins Spiel gebracht. Die im Mai 2007 erreichte langfristige Anbindung der zentralasiatischen Länder an das russische Pipelinennetz erhöht dabei die Chancen für die Effektivität eines solchen Kartells nochmals deutlich.¹¹⁵

Auch wenn diese Entwicklung gerade erst am Anfang steht, gab das jüngste Treffen der Vereinigung der Gasversorger deutlich die Richtung an, in die es geht. Denn bereits seit dem Jahr 2001 gibt es einen Zusammenschluss von 15 Gasproduzenten, das Gas Exporting Countries Forum (GECF), deren Mitglieder zusammen 73 Prozent der Weltreserven kontrollieren, ohne aber bislang diese Marktmacht wirklich zu nutzen. Nachdem sich das GEFC länger nicht mehr getroffen hatte, wurden am 9-10. April 2007 die Überlegungen zur Bildung einer Gas-OPEC auf russische Initiative weiter konkretisiert: „Schon am ersten Tag nach Beginn des Forums wurde klar, dass die Vorbereitungen auf die Bildung des Gaskartells bereits im Gange sind, obwohl die Teilnehmer keine schriftlichen Vereinbarungen unterzeichneten. Russlands Industrie- und Energieminister Viktor Christenko kündigte nach dem Forum die Gründung einer ‚Gruppe auf hoher Ebene‘ an, welche die Preisbildung auf dem Gasmarkt kontrollieren und koordinieren soll. Laut Christenko ist dies der erste Schritt zur Bildung einer Gas-OPEC. [...] Russland werde als Koordinator der Preisbildungs-Gruppe auftreten. Das bedeutet faktisch, dass Moskau an die Spitze des Bündnisses der Gasproduzenten tritt. Und das nicht zu Unrecht: Das politische Gewicht Russlands verleiht dem entstehenden Bündnis die notwendige geopolitische Bedeutung.“¹¹⁶

Trotz zahlreicher Hürden scheint die Bildung einer Gas-OPEC zumindest mittelfristig anvisiert zu werden, Claudia Kemfert vom *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) jedenfalls ist davon überzeugt: „So ein Kartell würde funktionieren“, was insbesondere deshalb bedrohlich sei, weil „die Tendenz zunimmt, Energieressourcen politisch zu nutzen und sie als Waffe einzusetzen.“¹¹⁷ Tatsächlich handelt es sich hierbei nicht nur um eine ökonomische, sondern

auch um eine Frage von erheblicher geostrategischer Bedeutung: „Dann könnten die Gasproduzenten in Zukunft ein erhebliches Machtpotenzial entwickeln“, sagte Peter Gerling, Energiefachmann bei der *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* (BGR).¹¹⁸ So urteilt schließlich auch die *Financial Times Deutschland*: „Für die Verbraucherstaaten im Westen wäre eine Gas-Opec ein herber Schlag. Die Reserven großer Produzenten wie der USA, Großbritanniens oder der Niederlande gehen zur Neige; Nordamerikaner und Europäer sind künftig noch erheblich stärker als bisher auf Gasimporte angewiesen.“¹¹⁹ Auch eine Analyse der *Stiftung Wissenschaft und Politik* betont die Gefahr, dass die Energieerzeuger „Gaslieferungen als politisches Druckmittel einsetzen“ und kommt zu dem Ergebnis: „Angesichts der hohen Importabhängigkeit [...] stünden die Europäer einer durch ein Kartell koordinierten Angebotspolitik zumindest kurz- bis mittelfristig machtlos gegenüber.“¹²⁰ Aus diesem Grund wird in US-Fachzeitschriften ebenfalls nachdrücklich vor einem Gaskartell gewarnt.¹²¹

Auch wenn es noch zahlreiche Unbekanntes gibt, klar ist, dass die Gasproduzenten gewillt sind, ihre wachsende Marktmacht gezielter zum eigenen Vorteil und zu Lasten der westlichen Konsumenten, womöglich sogar als machtpolitisches Druckmittel zu nutzen, was die teils hysterischen Reaktionen in Washington und Brüssel erklärt, wo diese Überlegungen offensichtlich sehr ernst genommen werden.

Die Gas-Opec als Kriegserklärung an den Westen

Die derzeitige Entwicklung im Gassektor weist deutliche Parallelen zur Herausbildung des weltweiten Ölmarktes auf. Die Frage der Kontrolle des globalen Gasmarkts wird damit zu einer machtpolitischen Frage allererster Ordnung, worauf der Energieexperte Daniel Yergin in einem Artikel in der *Foreign Affairs* mit dem viel sagenden Titel „Der nächste Preis“ nachdrücklich hinwies.¹²² In diesem Kontext liegt die Vermutung nahe, dass die westlichen Staaten - wie es gegenüber der OPEC schon lange der Fall ist - alles daran setzen werden, um ein künftiges Gasversorgerkartell mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, von guten Worten bis hin zu Kriegen, zu unterlaufen.

Schon im Vorfeld des Doha-Treffens der Gasversorger hagelte es von allen Seiten scharfe Kritik. Am lautesten polterte die republikanische Kongressabgeordnete Ileana Ros-Lehtinen, die US-Außenministerin Condoleezza Rice in einem Brief dazu aufforderte, sich „energisch der Gründung einer weltweiten Organisation zur Erpressung und Wucherei entgegen-

genzustimmen, die eine elementare und langfristige Bedrohung der Weltenergieversorgung darstellt.¹²³ Aber nicht nur irgendwelche Hinterbänkler lassen diesbezüglich wenig an Deutlichkeit vermissen. In einer Stellungnahme des US-Außenministeriums hieß es, man sei „über die mögliche Bildung eines Gaskartells besorgt, auch wenn Zweifel herrschen, dass eine Vereinigung in der näheren Zukunft erfolgen wird.“¹²⁴ Auch Vizepräsident Dick Cheney warnte davor, das „Öl und Gas zu Instrumenten der Einschüchterung und Erpressung werden.“¹²⁵ Schließlich verabschiedete das US-Repräsentantenhaus am 22. Mai 2007 ein Gesetz (H.R. 2264), mit dem Ländern, die per Kartell die Ölpreisbildung beeinflussen, mit Sanktionen und Klagen in den USA gedroht wird. Dabei machen die Initiatoren des „NOPEC-Gesetzes“, die Abgeordneten Chabot und Conyers, klar, dass das Gesetz auch für ein künftiges Gaskartell Anwendung finden soll.¹²⁶ Ob es sich hierbei lediglich um heiße Luft handelt, bleibt abzuwarten, sollten sich die USA aber tatsächlich entschließen, die OPEC-Länder mit einer Klagewelle in den USA zu überziehen, möchte man sich die daraus resultierenden Konflikte lieber nicht ausmalen.

Auch in der Europäischen Union zeigt man sich „not amused“ ob der Pläne zur Bildung eines Gaskartells, die sowohl von EU-Energiekommissar Andris Piebalgs als auch von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) scharf kritisiert wurden.¹²⁷ Auch der Chef von Gas de France, Francois Cirelli, warnte nachdrücklich: „Sollte ein Gas-Kartell ins Leben gerufen werden, wird das für die Kunden eine schlechte Nachricht sein, und zwar aus zwei Gründen. [...] Die Gas-OPEC wird versuchen, die Preise und die Fördermengen zu regulieren, was aber keine gute Nachricht ist.“¹²⁸

Die Energie-NATO

Immer häufiger wird inzwischen der bereits 2006 vom russophoben polnischen Ministerpräsidenten Lech Kaczynski unterbreitete Vorschlag zur Gründung einer gegen Moskau und andere Rohstoffproduzenten gerichteten „Energie-NATO“ aufgegriffen, in Deutschland bspws. in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* oder auch in einer Studie der CSU-nahen *Hans Seidel Stiftung*, in der es heißt: „Der polnische Vorschlag einer ‚Energie-Nato‘ mit gegenseitiger Beistands- bzw. Versorgungspflicht [sollte] als Modell eines kooperativen Energiesicherheitssystems zur kollektiven Absicherung gegen politisch und/oder ökonomisch motivierte Beschneidungen von Energieflüssen erwogen werden.“¹²⁹

Mitte November 2006 versendete der Wirtschafts-

ausschuss der NATO an alle Mitgliedstaaten einen Expertenbericht, der angab, Russland strebe ein internationales Erdgaskartell nach OPEC-Muster mit dem Ziel an, Energielieferungen als politisches Druckmittel einzusetzen und stufte dies explizit als Bedrohung ein.¹³⁰ Daraufhin ging der einflussreiche US-Senator Richard Lugar, der seinerzeit den wichtigsten Anstoß für die Umwandlung der NATO zu einem globalen Interventionsbündnis gab („out of area, or out business“), beim NATO-Gipfel Ende November 2006 buchstäblich in die Offensive: „Wir hoffen, dass Energiekartelle nicht gebildet werden, um die verfügbare Versorgung zu begrenzen und den Markt zu manipulieren. [...] In den worst-case-Szenarien werden Öl und Gas die Währung, mit der die energiereichen Staaten ihre Interessen gegenüber importabhängigen durchsetzen. Die offene Verwendung von Energie als Waffe ist keine theoretische Gefahr in der Zukunft - dies passiert schon heute. Der Iran drohte bestimmten Staaten wiederholt damit, seine Öllieferungen einzustellen, falls ökonomische Sanktionen wegen seines Urananreicherungsprogramms gegen ihn verhängt würden. Russlands Einstellung der Energielieferungen an die Ukraine zeigten, wie verführerisch die Verwendung von Energie zur Erreichung politischer Ziele ist und unterstrich die Verletzbarkeit der Konsumenten. [...] Die Allianz muss anerkennen, dass die Verteidigung gegen solche Angriffe unter Artikel fünf fällt. [...] Wir sollten anerkennen, dass es kaum einen Unterschied dazwischen gibt, ob ein NATO-Mitglied dazu gezwungen wird, einer ausländischen Erpressung aufgrund der Einstellung der Energieversorgung nachzugeben und einem Mitglied, dass sich einer militärischen Blockade oder einer militärischen Demonstrationen an seinen Grenzen gegenüberzieht.“¹³¹

Lugar schlägt somit vor, dass der gezielte Einsatz der „Energie-Waffe“ als kriegerischer Akt gewertet werden sollte. Auch die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Riga (November 2006) warnte davor, dass „die Sicherheitsinteressen der Allianz durch eine Unterbrechung der Versorgung mit vitalen Ressourcen betroffen werden können.“¹³² Immer offener wird in der Allianz darüber diskutiert, bei einem solchen Szenario militärisch aktiv werden zu wollen.¹³³ Dabei sind aber nicht allein die Vereinigten Staaten federführend, auch in Deutschland und der Europäischen Union wächst offensichtlich die Bereitschaft, zur Kontrolle der Energieversorgung militärische Mittel einzusetzen.¹³⁴ So zeichnen sich deutlich erste Konturen einer neuen Blockbildung ab.

Konturen der neuen Blockbildung

Schon lange versucht Washington über seine engen Verbündeten im „Neuen Europa“ eine anti-russische Politik umzusetzen und gleichzeitig die zeitweise abtrünnigen Länder Frankreich und Deutschland dazu zu bringen, eine geschlossene Front gegen Russland zu bilden. Die Eskalation des Streites um das Soldatendenkmal in Estland muss auch in diesem Kontext gesehen werden, erfolgte sie doch in einem zeitlich engen Zusammenhang mit ohnehin vorhandenen Bestrebungen, den Bau der Ostseepipeline zu torpedieren: „Es scheint, als habe die estnische Regierung von Premierminister Andrus Ansip – und im Hintergrund die amerikanische Regierung – auf diesen Moment gewartet. Anfang April reagierte die estnische Regierung auf das Ersuchen von NorthStream, meereskundliche Untersuchungen über eine veränderte Trassenführung im estnischen Seegebiet durchführen zu lassen, mit brüsker Ablehnung. Sie erklärte, die Pipeline sei eine ‚ökologische Bedrohung‘ für die Ostsee und ihre Anrainerstaaten. [...] Am 8. Mai sollte Altbundeskanzler Schröder, in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender von NorthStream, in Tallinn mit dem estnischen Premierminister Ansip zusammentreffen. Man wollte über die Verlegung der Pipelinetrasse in estnischem Seegebiet beraten. Schröder wurde eingeladen. [...] Als Grund für die Ausladung nannte man eine Äußerung Schröders, der die Vorgänge um das Kriegerdenkmal als ‚stil- und pietätlos‘ bezeichnet hatte.“¹³⁵

Ein anderer Versuch, Russlands Energiestrategie zu untergraben, war ein im Vorfeld von einer intensiven Reisediplomatie vorbereitetes Treffen im Mai 2007 auf Einladung des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński. Ziel war es, Polen, Litauen, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan und die Ukraine zu einem anti-russischen Energiebündnis zusammenzuschließen. Doch Wladimir Putin durchkreuzte diesen Plan, indem er bereits im Vorfeld Kasachstan, das mit seinen Ressourcen das Schüsselndland hierfür gewesen wäre, zu einer Absage bewegte und die bereits erwähnte Verkündung des Bahn brechenden langfristigen Energiedeals mit Kasachstan und Turkmenistan mediengerecht und symbolträchtig inszenierte, indem sie zeitgleich zum Kaczyński-Treffen bekannt gegeben wurde.¹³⁶

Dies könnten jedoch lediglich die ersten Vorboten von Neuformierungen weit größeren Ausmaßes sein, wofür sich der Energiesektor wiederum als Antreiber erweist: „Der Gasstreit verdeutlicht: In der Energiepolitik zeichnen sich neue Weichenstellungen ab. Ein sichtlich verärgertes Putin drohte damit, Russland könne, falls die EU die strategische Partnerschaft

mit seinem Land in Frage stelle, die Energieallianz auch auf Asien umorientieren. Um seinen Worten Nachdruck zu verleihen, entschied er, westsibirische Gasressourcen, die bislang für den Export nach Westen ausersehen waren, nun stattdessen China zugänglich zu machen. Der Energiehunger der wachsenden Volkswirtschaften Chinas, Indiens, Japans und Pakistans sei so gewaltig, dass die asiatischen Staaten sich im Buhlen um die Gunst des Rohstofflieferanten Russland gegenseitig überträfen.¹³⁷ Eine mögliche Allianz zwischen den Produzenten aus Russland und dem Mittleren Osten und den energiehungrigen ökonomisch starken asiatischen Ländern wird auch in den USA als ernste Bedrohung gesehen. Zugleich erblicken Hardliner hierin aber auch die Möglichkeit, dass diese Drohkulisse das „Alte Europa“ endgültig wieder in den amerikanischen Orbit zurückholen und langfristig zur Unterstützung von Washingtons geostrategischen Interessen veranlassen wird.¹³⁸ Betrachtet man die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit, erscheint eine neue Blockbildung, in der sich die westlichen Staaten mit Hilfe verschiedener Vasallen gegen die Rohstofflieferanten und ihre Verbündeten, insbesondere China, in Stellung bringen, keineswegs ausgeschlossen.

SCO: Anti-NATO

Mit den offen angestellten Überlegungen zur Gründung einer „Energie-NATO“ schwappt der Konflikt endgültig auf den militärischen Bereich über. Schon länger ist man in Russland darum bemüht, die „strategische Partnerschaft“ mit China weiter zu intensivieren, deren gemeinsame Grundlage die Ablehnung der US-amerikanischen Vormachtstellung darstellt. In diesem Zusammenhang ist auch die Stärkung der 2001 gegründeten Shanghai Cooperation Organization (SCO) zu sehen¹³⁹, deren kaum verhüllte Aufgabe es ist, angeführt von Russland und China (die weiteren Mitglieder sind Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan), einen Block gegen die US-amerikanischen Machtambitionen in der kaspischen Region zu schmieden: „Was als Antiterrorpakt begann, mutiert zu einem Forum für Energiesicherheit und allerlei Nützlichem in Asien, dem weitere Staaten beitreten können. Vorausgesetzt, diese sind auch der Meinung, dass eine Nation in der Region nun wirklich nichts zu suchen habe: die USA.“¹⁴⁰

Während dabei den USA der beantragte Beobachterstatus verwehrt wird, wurde dieser neben der Mongolei (2004), im Jahr 2005 Pakistan, Indien und ausgerechnet dem Iran eingeräumt. Sollten die gegenwärtig diskutierten Pläne, den Iran und Pakistan als Vollmitglied aufzunehmen, worum beide offiziell

ersucht haben, tatsächlich umgesetzt werden, würde es sich hierbei für die USA um einen „geopolitischen Alptraum“ handeln.¹⁴¹ Mit Russland und dem Iran wären damit zwei der weltweit wichtigsten Öl- und Gasversorger Mitglied in einer Sicherheitsorganisation, die explizit auf eine Zurückdrängung des westlichen Einflusses zielt und anders als die OPEC über ein ernst zu nehmendes Militärpotenzial verfügt. Ergänzt um das energiehungrige und ökonomisch wie militärisch starke China könnten in die SCO perspektivisch auch rohstoffreiche Länder des Mittleren Ostens aufgenommen werden. Sollte sich die Eskalationsspirale weiter fortsetzen ist es nicht ausgeschlossen, dass dieses Bündnis sogar mit den Ländern der Gas-OPEC oder der OPEC selbst verschmilzt. Hierfür spricht die Tatsache, dass das russische Außenministerium bekannt gab, es arbeite daran, energiepolitische Fragen in die SCO zu integrieren¹⁴². Zumal Moskau, wie bereits erwähnt, auch offen damit droht, seine Ressourcen künftig weg von Europa in Richtung Asien umzuleiten, sollte sich das gegenseitige Verhältnis weiter zuspitzen. Auch die seit Kurzem deutlich intensivierten Kontakte Moskaus und Chinas mit den Ländern des Mittleren Ostens, deuten in diese Richtung.¹⁴³

Selbst erste Anzeichen in eine solche Richtung werden als Vorboten schwerster Konflikte gewertet. So warnte die Heritage Foundation überdeutlich: „In dem dem Iran die Mitgliedschaft in der SCO erlaubt würde, würden Russland und China deutlich zeigen, dass sie sich auf die Seite des Iran und seines Atomprogramms stellen und sich damit auf einen Kollisionskurs mit dem Westen begeben.“¹⁴⁴ So verwundert es nicht, dass auch von offizieller US-Seite scharfe Kritik kam.¹⁴⁵ Zusammengefasst wird eine in den Mittleren Osten ausgreifende SCO als ernste Bedrohung empfunden. So warnt David Wall in der Bush-nahen Washington Times: „Eine erweiterte SCO würde einen großen Teil der Öl- und Gasreserven sowie der Atomwaffenarsenale kontrollieren. Sie wäre de facto eine OPEC mit Bomben.“¹⁴⁶ Schon länger wird in Washington massiv vor einer Allianz Russlands mit den OPEC-Staaten gewarnt.¹⁴⁷ Hardliner in den USA sehen in der SCO bereits das „rasante Heraufziehen eines strategischen Rivalen der USA und ihrer Verbündeten.“¹⁴⁸ Da es das erklärte Ziel der US-amerikanischen Außenpolitik ist, den Aufstieg eines solchen Rivalen mit allen auch militärischen Mitteln zu verhindern, droht eine Eskalationsspirale ungeheuren Ausmaßes. Anstatt aber hiergegen zu wirken, hat sich die Europäische Union - so hat es zumindest derzeit den Anschein - dazu entschlossen, eng an der Seite der USA zu marschieren und mit ihrer engstirnigen

anti-russischen Politik den „Neuen Kalten Krieg“ zu einer self-fulfilling prophecy zu machen.

Fazit

Die in dieser Studie beschriebene Eskalationsspirale war keineswegs eine zwangsläufige Entwicklung. Trotz der schlechten russischen Erfahrungen in den 90er Jahren hatte auch Putin zunächst versucht, kooperative Beziehungen aufzubauen, nicht ohne jedoch zentrale Interessen gewahrt wissen zu wollen. Nachdem dies brüsk abgelehnt wurde, ist die Chance für eine dauerhafte Annäherung - vorerst zumindest - vertan. Sollte man zudem fortfahren, die USA bei ihrer Einkreisungsstrategie zu unterstützen, um Russlands Wiederaufstieg zu verhindern, sind schwere Konflikte vorprogrammiert.

Gefragt sind andere Lösungen. Traditionelle Machtpolitik ist die denkbar schlechteste Möglichkeit, um mit den Herausforderungen schwindender Öl- und Gasvorkommen sowie dem Klimawandel zu Rande zu kommen: „Das Denken in geopolitischen Machtkategorien des 19. Jahrhunderts ist der falsche Weg in die Zukunft. Notwendig ist eine Strategie des friedlichen Übergangs in das solare Zeitalter.“¹⁴⁹ Ein Ausbruch aus dem Energiedilemma muss also zwei Komponenten umfassen. Zum einen müssen alternative und zukunftssichere Energien konsequent gefördert werden. Nur hierdurch kann verhindert werden, dass in absehbarer Zukunft militärisch um den letzten Tropfen Öl (und Gas) gekämpft wird. Andererseits ist dies allein aber nicht ausreichend. Denn selbst wenn ein solcher Aufbruch in die erneuerbaren Energien gelingt, bleibt das Problem der Verfügungsgewalt. Um den Teufelskreis aus Energie, Macht und im schlimmsten Fall Krieg langfristig zu durchbrechen, muss der Zugang der Menschheit zu Energie pluralisiert und demokratisiert werden. Energie ist keine gewöhnliche Handelsware, die beliebig den Kräften des Marktes sowie den Profit- und Machtlogiken der jeweilig interessierten Akteure bzw. Staaten unterworfen werden kann und darf. Deshalb ist nicht nur die Abkehr von Energiedinosauriern wie Öl und Gas sowie von der Atomkraft dringend notwendig, wir müssen generell Umdenken. Im wahrsten Sinne des Wortes: „Power to the People!“

Anmerkungen

- 1 Vgl. exemplarisch hierfür bspws. Umbach, Frank: Europas nächster Kalter Krieg. Die EU braucht endlich ein Konzept zur Versorgungssicherheit, in: Internationale Politik, Februar 2006, S. 6-14.
- 2 Russia's Foreign Ministry develops concept of SCO Energy Club, Kazakhstan Today, 01.12.2006.
- 3 Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang, dass es auch Studien gibt, die zu einem anderen Ergebnis kommen, nämlich dass die wachsende Gasabhängigkeit zu schweren Konflikten zwischen den USA und der Europäischen Union führen werden, eine Position, die bspws. die Unternehmensberatung A.T. Kearney vertritt. Vgl. EU und USA eifern um Gas, Der Standard, 06.06.2007.
- 4 Müller, Peter: Eiszeit im Verhältnis von Russland und der EU, Die Welt Online, 19.05.2007.
- 5 Barysch, Katinka: Three questions that Europe must ask about Russia, Centre for European Reform, Briefing Note, 16.05.2007, S. 2.
- 6 Wagner, Jürgen: Die Auswirkungen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien auf die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland, Bits Research Note 00.08, Dezember 2000.
- 7 De facto setzte diese Distanzierung bereits während dem Ende von Jelzins Präsidentschaft ein.
- 8 Hierfür sagte sich Putin von den Krediten des IWF wie auch von dessen Auflagen los, gab das Ziel aus, die Wirtschaft durch die Wiederherstellung eines starken Staates zu modernisieren, verlangsamte die Privatisierungen, verwendete die eigenen Ressourcen als machtpolitisches Druckmittel und demontierte die Oligarchen, die sich nicht loyal hinter seine Politik stellten. Vgl. Ehlers, Kai: Russlands neue Stärke, in: INKOTA-Brief (Juni2007), S. 8-10.
- 9 Rede des russischen Staatspräsidenten, Wladimir Putin, vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 in Berlin, dokumentiert in: Internationale Politik, Oktober 2001.
- 10 Vgl. Lange, Peer H.: Die „Nördliche Dimension“: Europäische Energieversorgung und –Sicherheit, in: Internationale Politik, Januar 2001, S. 29-36, S. 29; „Putin scheint sich mit aller Macht um eine neue strategische Energieallianz mit der Europäischen Union zu bemühen.“ Siehe Rahr, Alexander: Energieressourcen im Kaspischen Meer, in: Internationale Politik, Januar 2001, S. 37-42, S. 42.
- 11 Wagner, Jürgen: Partner oder Gegner? Die Militarisierung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen, IMI-Studie 1/2004, S. 29.
- 12 Vgl. bspws. die Beiträge auf www.paris-berlin-moscou.org
- 13 Hulsman, John C.: Cherry-Picking: Preventing the Emergence of a Permanent Franco-German-Russian Alliance, The Heritage Foundation Backgrounder, No. 1682 (August 2003).
- 14 Ebd.
- 15 Das wesentliche Instrument hierfür war die so genannte doppelte Erweiterung von NATO und Europäischer Union um die pro-amerikanischen osteuropäischen Regierungen, die von Washington massiv unterstützt wurde. Vgl. Wagner 2004, S. 27f.
- 16 Birnbaum, Norman: Widerstand fehlt, Die Woche, 25.01.2002.
- 17 Vgl. Sreeram, Claudia: Democratisation, Colour Revolutions and the Role of the NGOs: Catalysts or Saboteurs?, Globalresearch.ca, 25.12.2005.
- 18 Rahr, Alexander: Geopolitischer Infantilismus. Euro-pas Unsicherheit im Umgang mit Russland nimmt zu, in: Internationale Politik, Juli 2006, S. 14-20, S. 16.
- 19 Fischer, Sabine: Die russische Politik gegenüber Ukraine und Weißrussland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 08-09/2007. Vgl. auch Twining, Daniel: Putin's Power Politics, in: The Weekly Standard, Vol. 011, Nr. 17, 16.01.2006: „Wie der russische Journalist Fyopdor Lukyanov es formuliert, ‚die neue Haltung des Kreml nach den Ereignissen in der Ukraine ist, dass es sich bei der EU um ein expandierendes Imperium neuer Art handelt‘ - und diese Expansion muss eingedämmt, wenn nicht gar rückgängig gemacht werden.“
- 20 Guttenberg, Karl-Theodor zu: „Moskau handelt zynisch“, Der Spiegel, 21.05.2007.
- 21 Zeise, Lucas: Demokratische Kreuzritter, Financial Times Deutschland, 22.05.2007.
- 22 Gribnitz, Rene: Fürchtet Russland, Financial Times Deutschland, 06.11.2006.
- 23 Himmelreich, Jörg: Putin zerschmettert die europäischen Illusionen, Die Welt, 18.05.2007. In den USA bestimmen derlei Äußerungen seit Längerem die veröffentlichte Meinung: „Es ist an der Zeit das Russland unter Wladimir Putin als einen Feind der USA zu begreifen“, fordert bspws. Stephens, Brad: Russia, The Enemy, Wall Street Journal, 28.11.2006.
- 24 So sieht man in Deutschland großzügig über die massiven Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan hinweg, da man auf den dortigen Militärstützpunkt für den Kriegseinsatz in Afghanistan dringend angewiesen ist. Vgl. Plüger, Tobias: Kennen sie Usbekistan?, in: SoZ, Januar 2006.
- 25 Sobell, Vlad: A Resurgent Russia, or triumphalist West?, Johnson's Russia List, 06.11.2006.
- 26 So kommt ein Bericht des einflussreichen Council on Foreign Relations zu dem Ergebnis: „Der Mangel an Aufmerksamkeit für Energiefragen untergräbt die US-Außenpolitik und Amerikas nationale Sicherheit. Große Energielieferanten - von Russland über den Iran bis Venezuela - sind zunehmend in der Lage und willens, ihre Energieressourcen zur Verfolgung ihrer strategischen und politischen Ziele zu verwenden.“ National Security Consequences of U.S. Oil Dependency, Report of an Independent Task Force, New York 2006, S. 3.
- 27 Kommission der Europäischen Union: Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Brüssel, den 8.3.2006 KOM(2006) 105 endgültig. In der Europäischen Sicherheitsstrategie (S. 3) heißt es: „Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 % durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70 % erreicht haben.“
- 28 EU-Kommission: Grünbuch 2006, S. 3.
- 29 So äußerte sich Thomas de Maizière, Chef des Bundeskanzleramtes, am 19.10.2006 auf dem Symposium des BND „Energie – Quelle von Konflikt und Kooperation“ folgendermaßen: „Unsere Energieversorgung ist keineswegs gesichert. Die Konkurrenz am Weltöl- und –gasmarkt hat sich deutlich verschärft. Die Energiepolitik steht heute vor den größten Herausforderungen seit der ersten Ölkrise 1973/4.“ Vgl. Adam, Rudolf: Geostrategische Risiken für die Energieversorgung in Deutschland Vortrag auf der Winterarbeitstagung des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. und des Bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden e.V. Lenzerheide, 10. Januar 2007.
- 30 FAZ zit. nach Deutsche Welle, Presseschau: Russische Energiepolitik ist „unberechenbar“, 09.01.2007.
- 31 Hassel, Florian: Putin, der Starke, Kölner Stadtanzei-

ger, 18.05.2007.

32 Bimboes, Detlef/Spangenberg, Joachim H.: Klimapolitik ist Friedenspolitik, in: Wissenschaft und Frieden 2004/03.

33 Schuhler, Conrad: Globaler Imperialismus - Kooperation und Konflikt, in: Mayer, Leo/Schmid, Fred/Schuhler, Conrad: G8: Agenda des kollektiven Imperialismus, isw-Report 69-70, April 2007, S. 8.

34 Ebd.

35 Vestring, Bettina: Vor dem Anfang schon das Ende?, Berliner Zeitung, 14.04.2007.

36 Windisch, Nancy: Gasprom – die Unternehmenspolitik des größten Erdgaskonzerns der Welt, DGAP/weltpolitik.net, 23.05.2004.

37 Gallis, Paul: NATO an Energy Security, Congressional Research Service, 21.12.2006, S. 3.

38 de l'Or, Vanessa: Der Kreml gibt Gas, in: Cicero, Februar 2006.

39 Schmid, Fred: Öl-Imperialismus, in: Mayer/Schmid, Schuhler 2007, S. 41.

40 Ebd.

41 Schmid 2007, S. 41.

42 Nötzold, Antje: Die europäische Strategie zur Energieversorgungssicherheit, Konrad-Adenauer-Stiftung, 25.04.2005.

43 Radyuhin, Vladimir: Energy and War, in: Frontline, Vol. 24, No. 2, January 2007.

44 Kreyenbühl, Thomas: Politstrategische Muskelspiele um Europas künftige Erdgasversorgung, Neue Züricher Zeitung, 29.12.2006. Auch westliche Servicegesellschaften werden teilweise vor die Tür gesetzt, bspws. Schlumberger nach der Übernahme von Sibneft durch Gasprom. Vgl. Schmid 2007, S. 41.

45 Makarkin, Alexej: Erdgas als Instrument der Geopolitik, Russland-Aktuell, 30.12.2005.

46 Socor, Vladimir: Gasprom Targeting Ukrainian Infrastructure for Hostile Takeovers, Jamestown Monitor, 13.11.2006.

47 Bspws. bei Ludwig, Michael: Rußlands Rohstoff-Ränke, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.2006.

48 Makarkin 2005.

49 Fischer, Sabine: Die russische Politik gegenüber Ukraine und Weißrussland, in: APuZ 8-9/2007, S. 16-23.

50 Schlusstrich beim Gas-Streit, Handelsblatt, 18.05.2007.

51 Lindner, Rainer: Blockaden der „Freundschaft“, SWP-Aktuell 3, Januar 2007, S. 1.

52 Krieg um Gas in letzter Sekunde abgewendet, OÖ Nachrichten, 02.01.2007.

53 Rosneft will in osteuropäische Ölraffinerien einsteigen, RIA Novosti, 24.10.2006.

54 Altmann, Franz-Josef: Südosteuropa und die Sicherheit der Energieversorgung der EU, SWP-Studie, Januar 2007, S. 9.

55 Himmelreich, Jörg: Wladimir Putin: Der Gasmann kommt, Die Welt, 25.03.2007.

56 Altmann 2007, S. 9.

57 Thumann, Michael: Europa guckt in die Röhre, Die Zeit, 13.07.2006.

58 Ebd.

59 Schmid 2007, S. 41.

60 Bimboes, Detlef: Die Ostseepipeline, Friedensratschlag.de, 02.04.2006.

61 „Der Bau der Ostseepipeline ist am 07. September 2005 beschlossen und im Dezember 2005 begonnen worden.

Die Ostseepipeline soll im Jahre 2010 in Betrieb gehen, zunächst mit einem Leitungsstrang und einer Transportkapazität von rund 27,5 Mrd. m³/Jahr. Ein zweiter Leitungsstrang ist vorgesehen. Damit ist eine Gesamttransportkapazität von 55 Mrd. m³/Jahr möglich. Ungefähr die Hälfte der jährlichen Gasmenge dürfte in Deutschland verbraucht werden. Ein Bau mit zwei Leitungssträngen kostet knapp 5 Mrd. Euro.“ Vgl. ebd.

62 Barysch 2007, S. 6.

63 Kreyenbühl 2006.

64 Cohen, Ariel: The North European Gas Pipeline Threatens Europe's Energy Security, Heritage Foundation Backgrounder No. 1980, , 26.10.2006.

65 EU-Kommission: Grünbuch 2006, S. 17

66 NABUCCO Gas Pipeline Project, URL: http://www.nabucco-pipeline.com/cms/upload/Partner_Logos/Nabucco_presentation_web_Feb_2007.pdf (eingesehen 04.06.2007).

67 Bartenstein: Nabucco-Pipeline ist das wichtigste Energieprojekt Europas, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, 26.06.2006.

68 Brandstetter, Ernst: Energie aus dem Osten, in: VEO Journal Februar 2007.

69 Damianova, Julia: Geplante Nabucco-Pipeline erhält politische Unterstützung, Deutsche Welle, 29.06.2006.

70 Auer, Josef: EU-Energiepolitik: Höchste Zeit zu handeln!, Deutsche Bank Research, EU-Monitor 44/5.März 2007, S. 12. Siehe auch: Eine gemeinsame Energiepolitik für Europa – Chancen und Herausforderungen vorgelegt vom Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P), Ludwig-Maximilians-Universität München Strategiepapier für das 4. Deutsch-Spanische Forum 5.-6. Februar 2007, Würth Haus Berlin, S. 8: „Die Pipeline Nabucco wird ab dem Jahr 2011 Erdgas aus Zentralasien über die Türkei in die EU fördern und reduziert damit die einseitige Anhängigkeit der EU von russischen Gasleitungen.“

71 Kreyenbühl 2006; vgl. auch Nötzold 2005.

72 TEN-E financed projects 1995-2005 26/07/2006, URL: http://ec.europa.eu/ten/energy/studies/doc/ten_e_financed_projects_95_05.pdf (eingesehen 04.06.2007).

73 Nabucco-Pipeline: Ministerial Statement unterzeichnet, umweltschutz.co.at, URL: <http://www.umweltschutz.co.at/index.cfm/id/18961> (eingesehen 04.06.2007); Vgl. zur Finanzierung auch Socor, Vladimir: The Caspian-Black Sea Region: A Key to Diversifying Europe's Energy Supplies, in: Asmus, Ronald (ed.): Next Steps in Forging A Euroatlantic Strategy for the Wider Black Sea, German Marshall Fund, Washington 2006, S. 137-165, S. 150; und Daminanova 2006.

74 Bartenstein: Nabucco-Pipeline ist das wichtigste Energieprojekt Europas, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, 26.06.2006.

75 Ebd.

76 Mitteilung der Europäischen Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament: Eine Energiepolitik für Europa, KOM(2007)1 endgültig, 10.01.2007.

77 Strobl, Günther: Brüssel will Koordinator für „Nabucco“ einsetzen, Der Standard, 24.05.2007.

78 Gaspipeline zwischen Iran und Europa bis 2007 entschieden, Interview mit Otto Musilek, Deutsche Welle, 10.01.2006.

79 Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dagmar Wöhrl vom 13. Dezember 2006, in: Bundestag Drucksache 16/3894, S. 39.

80 Cohen 2006.

81 Altmann 2007, S. 6.

82 Kreyenbühl 2006.

83 Vestring 2007.

- 84 Kreyenbühl 2006.
- 85 Odenahl, Bernhard: Ungarn geht auf Kuschelkurs mit Russland, Tages-Anzeiger Online, 26.03.2007.
- 86 Kupchinsky, Roman: The Saudi Arabia of Gas, The National Interest Online, 03.22.2007.
- 87 Swoboda kritisiert Ungarns Distanzierung von Nabucco-Pipeline, Wien, 03.04.2007, URL: <http://www2.hannes-swoboda.at/Inhalt.asp?Hauptmenue=Aktuelles&Untermenue=Presse&ID=3440> (eingesehen 04.06.2007).
- 88 Gusenbauer bricht Lanze für Nabucco, Der Standard, 14.05.2007.
- 89 Vestring 2007.
- 90 Gasleitung: Schwierige Partnersuche für Nabucco, Die Presse, 06.04.2007.
- 91 Türkei legt Nabucco-Pipeline auf Eis, Financial Times Deutschland, 05.04.2007.
- 92 Vestring 2007.
- 93 So war bspws. der lettische EU-Energiekommissar Andris Piebalgs im Mai 2006 auf Lobbytour in Kasachstan. Vgl. Socor 2006, S. 144.
- 94 Helmer, John: Nabucco: The fat lady has sung, Asia Times Online, 16.05.2007.
- 95 Hartmann, Jens: Putin zeigt EU und USA kalte Schulter, Die Presse, 14.05.2007.
- 96 Europas Industrie setzt weiter auf den Kreml, Handelsblatt, 24.05.2007.
- 97 Auswärtiges Amt: Erarbeitung einer gemeinsamen EU-Zentralasienstrategie bis zum Juni, 29.03.2007.
- 98 Tauziehen um kaspische Gasquellen, ORF, 14.05.2007.
- 99 Gasprom says Nabucco pipeline unlikely, as EU identifies project as priority, CNN Money.com, 24.05.2007.
- 100 "Noch ist die Zeit für Kauf der OMV nicht reif", Interview mit Gasprom Export-Chef Alexander Medwedew, ÖO Nachrichten, 25.05.2007.
- 101 Kreyenbühl 2006.
- 102 „Noch ist die Zeit für Kauf der OMV nicht reif“, Interview mit Gasprom Export-Chef Alexander Medwedew, ÖO Nachrichten, 25.05.2007.
- 103 Liebig, Michael: Nabucco, NorthStream und „politische Anormalitäten“, solon-line, 11.05.2007.
- 104 So äußerte sich der Geschäftsführer der OMV Gas, Otto Musilek: „Die größten Gasreserven in diesem Gebiet liegen im Iran. Der sollte ein Hauptlieferant werden. Wir schauen aber auch nach Aserbaidschan und verschiedene arabische Länder. Europa braucht einen Zugang zu den zweitgrößten Gasreserven der Welt.“ Vgl. Interview mit Otto Musilek, Deutsche Welle, 10.01.2006.
- 105 Fathollah-Nejad, Ali: „Don't blame the messenger for the message“? Wie die EU-Diplomatie den Weg für einen US-Angriff auf Iran ebnet, Studien zur Militarisierung EUropas 28/2007.
- 106 Götz, Roland: Gasproduzenten rücken zusammen, SWP-Aktuell 26, April 2007, S. 2.
- 107 Russland will von einer Erdgas-OPEC nichts wissen, Russland-Aktuell, 31.01.2007.
- 108 Rettman, Andrew: Liquid gas market could soothe EU energy fears, EUObserver, 23.06.2006.
- 109 Strategische Elemente einer zukunftsfähigen Energiepolitik. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Beschluss vom 04.04.2006, S. 3.
- 110 EU-Kommission: Grünbuch 2006, S 17.
- 111 Darbouche, Hakim: Russian-Algerian cooperation and the 'gas OPEC': What's in the pipeline?, CEPD Policy Brief No. 123, March 2007.
- 112 Kreimeier, Nils/Wetzel, Hubert: EU und USA zittern vor neuer „Opec“, Financial Times Deutschland, 06.03.2007.
- 113 EU official says Russia is seeking gas cartel, URL: http://www.robertamsterdam.com/2007/01/piebalgs_on_gasfiner_these_me.htm (eingesehen 05.06.2007).
- 114 Medetsky, Anatoly: Putin Warms to Idea of a Gas OPEC, The Moscow Times, 02.02.2007.
- 115 Helmer 2007.
- 116 Gas-Exporteure auf dem Weg zum Kartell, RIA Novosti, 13.04.2007.
- 117 Gas-Kartell: „Katastrophe für Europa, Manager-Magazin, 07.04.2007.
- 118 Ebd.
- 119 Hecking, Claus: Gas-Opec besorgt den Westen, Financial Times Deutschland, 21.03.2007.
- 120 Götz 2007, S. 2. Auch der Leiter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Rudolf Adam, teilt diese Einschätzung: „Wenn es gelänge, zwischen Russland und dem Iran, eventuell unter Einbeziehung Turkmenistans, eine Gas-OPEC zu gründen, hätten wir ein zweites weltweites Lieferkartell von fossilen Energieträgern – und zwar ein äusserst mächtiges.“ Vgl. Adam 2007.
- 121 Economides, Michael J.: The Coming Natural Gas Cartel, in: Foreign Policy, March 2006.
- 122 Daniel Yergin, Daniel/Stoppard, Michael: The Next Price, in: Foreign Affairs, November/December 2003.
- 123 Kommersant, URL: <http://www.kommersant.com/pda/doc.asp?id=755755> (eingesehen 05.06.2007).
- 124 Ebd.
- 125 Schmid 2007, S. 41.
- 126 House Passes Chabot-Conyers NOPEC Bill, Steve Chabot Press Releases, 22.05.2007, URL: http://www.house.gov/apps/list/press/oh01_chabot/nopecpasseshouse.html (eingesehen 05.06.2007).
- 127 Hecking 2007.
- 128 GdF-Chef Cirelli kritisiert Idee von „Gas-OPEC“, RIA Novosti, 11.04.2007. Der Vorschlag Sarkozys, GdF solle mit der algerischen Sonatrach fusionieren bzw. diese übernehmen, dürfte wohl die Form einer europäischen Lösungen darstellen, die Cirelli angesichts der Herausforderung durch die Gas-Opec angemahnt hatte. Neun, Daniel: Algerien, Frankreich, EU, Russland: Der Gas-Krieg, Radio-Utopie, 11.04.2007.
- 129 Meier-Walser, Reinhard: Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europapolitische Herausforderung, Hans-Seidel-Stiftung, 12.10.2006, S. 6. Vgl. auch Ludwig, Michael: Rußlands Rohstoff-Ränke, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.2006.
- 130 Kreimeier/Wetzel 2007.
- 131 Energy and NATO, Senator Lugar's keynote speech to the German Marshall Fund conference on Monday, November 27, 2006 in Riga, Latvia, in advance of the NATO Summit.
- 132 Riga Summit Declaration, 29.11.2006, Ziffer 45.
- 133 „Im Februar 2006 diskutierten die NATO-Regierungen eine Reihe möglicher Aktionen im Falle einer künftigen Unterbrechung der Ölversorgung in Folge militärischer Handlungen. Berichten zufolge sprachen einige Mitgliedsstaaten die Möglichkeit an, die Tankerschiffahrt und Ölplattformen in Konfliktzeiten zu schützen.“ Vgl. Gallis 2006, S. 5. Vgl. auch Geden, Oliver/Goldthau, Andreas/Noetzel, Timo: „Energie-NATO“ und „Energie-KSZE“ - Instrumente der Versorgungssicherheit?, SWP-Diskussionspapier, März 2007, S. 11.
- 134 Vgl. hierzu die entsprechenden Passagen im Weißbuch der Bundeswehr und dem Entwurf für ein Weißbuch

(European Defence Paper) auf europäischer Ebene.

135 Liebzig 2007.

136 Putin entzieht dem polnischen Energie-Gipfel den Boden, Neue Zürcher Zeitung, 14.05.2007. Selbst der eigentlich bislang größte westliche Erfolg, der Bau der Baku-Ceyhan-Pipeline, die kaspisches Öl unter Umgehung Russlands nach Europa liefern soll, löst sich womöglich in Wohlgefallen auf. Denn parallel zum Beschluss kasachische Gasreserven langfristig an Russland anzubinden, verkündete Präsident Nursultan Nasarbajew: „Kasachstan ist absolut entschlossen den Großteil, wenn nicht gar all sein Öl durch russisches Gebiet zu transportieren.“ Darüber hinaus unterstützt Kasachstan das russische Vorhaben, zum Bau einer weiteren Pipeline (Burgas-Alexandropolis), die als explizites Konkurrenzprojekt zur Baku-Ceyhan-Trasse fungieren soll. Damit dürfte sich auch der Plan, kasachisches Öl durch einen Ausbau der Odessa-Brody-Pipeline über Polen zu leiten, erledigt haben. Schon Ende 2006 signalisierte die Ukraine, vermutlich aufgrund massiven russischen Drucks, nunmehr eher die von Russland bevorzugte Anbindung an die Druschba-Pipeline zu befürworten. Summa summarum: „Hieraus zeigt sich, dass Washingtons Versuch, einen Keil zwischen Russland und die zentralasiatischen Staaten zu treiben, in Trümmern liegt.“ Vgl. Bhadrakumar, M.K.: Russia draws Europe into its orbit, Asia Times Online, 17.05.2007.

137 Rahr, Alexander: Geopolitischer Infantilismus. Europas Unsicherheit im Umgang mit Russland nimmt zu, in: Internationale Politik, Juli 2006.

138 Vgl. Cohen 2006.

139 Vorläufer der SCO war die Shanghai Five-Gruppe, die 1996 gegründet wurde. Vgl. zur Entwicklungsgeschichte der SCO

Iwashita, Akihiro: „The Shanghai Cooperation Organization and Its Implications for Eurasian Security: A New Dimension of ‘Partnership’ after the Post-Cold War Period“, in: Tabata Shinichiro and Iwashita Akihiro (eds.): Slavic Eurasia’s Integration into the World Economy and Community Sapporo 2004, S. 259-281.

140 Thumann 2006.

141 Engdahl, William: The US’s Geopolitical Nightmare, Asia Times Online, 09.05.2006.

142 Russia’s Foreign Ministry develops concept of SCO Energy Club, Kazakhstan Today, 01.12.2006.

143 Cohen, Ariel: Putin’s Middle East Visit: Russia is Back, Heritage Foundation WebMemo #1382.

144 Russia/Central Asia: Shanghai Cooperation Organization Mulls Expansion. RFE/RL, 30.05.2006.

145 Vgl. Beehner, Lionel: The Rise of the Shanghai Cooperation Organization, Council on Foreign Relations, 12.06.2006.

146 Beehner 2006.

147 „Kombiniert mit den eigenen Reserven (etwa 50 Mrd. Barrel Rohöl) und kaspischen Vorräten, könnte die Beherrschung des Golföls es Moskau praktisch erlauben, Energiefragen nicht nur den NUS und Europa, sondern ebenso Washington zu diktieren.“ Berman, Ilan: Russia’s Caspian Power Grab, Washington Times, 11.07.2001.

148 McLean, Robert: NATO’s New Nemesis, Frontpage Magazine, 03.02.2006.

149 Bimboes 2006.

Jürgen Wagner ist geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Erstellung dieser Studie durch die Informationsstelle Militarisation (IMI) wurde großzügig von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.